

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesfähre 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **MR. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postgebühren Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfennige**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen **nur 10 Pfennige**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 174.

Dienstag, den 23. Oktober 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Von N. Bebel.

Zum fünften Male seit dem Verschwinden des Sozialistengesetzes versammeln sich die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie zu gemeinsamer Berathung auf einem Parteitag in Deutschland. Frankfurt a. M., das schon so viele politische Versammlungen in seinen Mauern tagen sah, ist diesmal der Schauplatz für die Verhandlungen desselben.

Wie üblich, ergeht sich ein Theil der gegnerischen Presse wieder in Prophezeiungen über heftige Kämpfe, die auf demselben zwischen den Träger widerstreitender Meinungen ausbrechen werden, wobei diese Presse die Hoffnung nur schwer unterdrückt, es werde endlich die von ihr längst erhoffte Spaltung eintreten. Was bleibt unseren Gegnern auch Anderes übrig, als diese Hoffnung? Alle Voraussetzungen, die sich bisher so ziemlich mindestens alle Vierteljahre einmal wiederholten, die Sozialdemokratie habe nunmehr den Höhepunkt ihrer Entwicklung überschritten, sind durch beweiskräftigste Thatsachen immer wieder widerlegt worden und zu Schanden geworden. Da ist's endlich an der Zeit, daß die Partei selbst das Werk ihrer eigenen Zerstörung beginnt, damit ihre Feinde der Unsichtbarkeit ihrer Bekämpfung der Partei und des Schreies nach neuen Ausnahmegesetzen überhoben werden. Aber diese Hoffnungen unserer Feinde werden sich abermals als trügerische erweisen.

Gewiß wird es auch diesmal so wenig wie auf früheren Parteitagen an Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Punkten fehlen und wahrscheinlich ist auch, daß die Geister dabei ein wenig aufeinanderplagen — wie das sozialdemokratische Gepflogenheit ist, weil jeder es als selbstverständlich findet, mit seiner Meinung nicht hinter dem Berge zu halten — wer aber mehr erwartet, betrügt sich und Andere.

Prinzipielle Kämpfe oder ernste Kämpfe über die Taktik der Partei sind ausgeschlossen. Prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bestehen nirgends. Die Partei steht in allen ihren Gliedern auf ein und demselben prinzipiellen Boden, wie ihn das Programm zum Ausdruck bringt. Wer hier anderer Meinung sein wollte, für den wäre kein Platz in der Partei, er hätte entweder zu den Anarchisten zu gehen oder müßte in's bürgerliche Lager abschwanken. Die Partei könnte ihn nicht gebrauchen. Der Kampf mit den sogenannten Unabhängigen, der ein prinzipieller Kampf und gleichzeitig ein Kampf um die Taktik war, hat bewiesen, wie die Partei in solchen Fällen denkt. Jener Kampf hat aber auch bewiesen, daß zwar einzelne Personen Spaltungsversuche machen können, daß aber in der Partei selbst nicht die geringste Neigung besteht, Heeresfolge zu leisten.

Zum Ueberfluß sorgt die Verfolgungssucht unserer Feinde, wie ihre grenzenlose Bornirtheit, die es nirgends zu ernstesten Reformmaßregeln kommen läßt, dafür, daß Spaltungs- und Abtrennungsgelüste, wenn sie überhaupt vorhanden wären, was nirgends der Fall ist, jämmerlich scheiterten.

Prinzipielle Gegensätze sind also ausgeschlossen und taktische Meinungsverschiedenheiten lassen sich ausgleichen, sobald sie zur öffentlichen Erörterung gestellt werden. Taktische Meinungsverschiedenheiten werden auch nie, so lange die Partei besteht, verschwinden, weil Ort, Zeit und Umstände zwingen, die Taktik zu ändern, und darüber die Meinungen auseinander gehen können, ja müssen.

Meinungsverschiedenheiten, z. B. über das Maß parlamentarischer Betätigung, waren von Anfang an vorhanden, wofür die Liebknecht'sche Broschüre über die politische Stellung der Partei, aus dem Jahre 1869, ein schlagender Beweis ist. Liebknecht vertrat in jener Broschüre eine Taktik, die niemals diejenige der Partei war, aber zur Spaltung kam es deshalb nicht.

Zu Meinungsverschiedenheiten über die Taktik ist es seitdem mehr oder weniger häufig, fast in jeder Session des Reichstags in der sozialdemokratischen Fraktion gekommen, bald über diese, bald über jene Frage. Und diese Meinungsverschiedenheiten werden sich wiederholen.

Der Sache haben sie bisher keinen Eintrag gethan, sie haben sie nur gefördert und so wird es auch künftig sein.

Eine schwere Meinungsverschiedenheit über die Taktik bestand ferner 1884/85 über die Stellung der Fraktion zur Dampfersubvention, die schließlich auch die Partei in Mitleidenschaft zog. Aber obgleich die Geister auf das Heftigste aufeinander plakten, eine Spaltung blieb aus. Niemand dachte daran.

Neulich ergeht es den Differenzen über die Taktik, die der Frankfurter Parteitag zu entscheiden haben wird, wie den Differenzen, die noch in Zukunft im Schooße der Fraktion oder der Partei entstehen werden wegen der Stellung zu diesem oder jenem Antrag, zu dieser oder jener Vorlage.

Ist allseitig der ehrliche Wille vorhanden, der Sache zu dienen, und dieser ist vorauszusetzen, so findet sich auch der Weg, auf dem Alle gemeinsam weitermarschieren.

Von allen Punkten, die auf der Tagesordnung des Frankfurter Parteitags stehen, wird der Punkt 5: „Agrarfrage und Sozialdemokratie“ das meiste Interesse erwecken. Die Agrarfrage steht seit einer Reihe von Jahren, namentlich durch die bekannten Agitationen unserer Agrarier und die Verhandlungen des Reichstags über die Agrarzölle und die Handelsverträge, mit im Vordergrund der öffentlichen Erörterungen. Aber die Partei als solche hat sich in ihrer gegenwärtigen Gestalt noch nicht mit derselben beschäftigt. Wohl hat die Partei ihren prinzipiellen Standpunkt gegenüber der Grund- und Bodenfrage und der ländlichen Arbeiterfrage in ihrem Programm festgelegt, aber zu Erörterungen darüber kam es bekanntlich nicht, weil das Programm seiner Zeit in Erfurt ohne Diskussion en bloc angenommen wurde.

Gründlichere Erörterungen prinzipieller Natur innerhalb der deutschen Sozialdemokratie fanden statt, nachdem im Jahre 1869 der internationale Arbeiterkongreß zu Basel sich über die Grund- und Bodenfrage ausgesprochen hatte, auf der darauf folgenden Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und auf dem Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher Programm) zu Stuttgart, Juni 1870. Seitdem hat sich kein deutscher Parteikongreß mehr mit dieser Frage beschäftigt. Auch war die damalige Erörterung eine solche mehr allgemeiner und prinzipieller Natur, die Frage der praktischen Agitation auf dem Lande wurde nur nebenbei behandelt.

Dagegen sind seitdem eine Reihe Schriften und Artikel in der Parteiliteratur und Presse erschienen, die diese Seite der Frage ausführlicher behandeln, aber eine vollkommene Klärung ist nicht vorhanden. Diese soll nach Möglichkeit der Frankfurter Parteitag schaffen. Es wird also darum nothwendig sein, daß neben den beiden Referenten (Schönlank und v. Vollmar) auch die anderen Redner, die über diese Frage sprechen wollen, ausführlich zum Worte kommen. Zuviel kann nicht leicht über diese Frage gesprochen werden, nicht nur wegen ihrer Wichtigkeit, sondern auch wegen der verschiedenartigen Behandlung und Beleuchtung, die sie bei der Verschiedenartigkeit der Agrarverhältnisse in Deutschland erfordert.

In den Provinzen ostwärts der Elbe liegen die Verhältnisse ganz anders als in Bayern oder Württemberg. In Schleswig-Holstein und Hannover anders als in Thüringen oder am Rhein. In der Provinz Sachsen und in Braunschweig anders als in Baden oder Elsaß-Lothringen. Hier ist also eine gründliche gegenseitige Aussprache nothwendig. Die Tagesordnung des Parteitags ist nicht so reichhaltig, daß er sich diesen Luxus — wenn es ein solcher sein sollte — nicht gönnen kann.

Was weiter für die praktische Agitation zu geschehen hat, sollen die Verhandlungen zu Tage fördern. Es werden genug Gesichtspunkte und Vorschläge hervortreten, die Beachtung und Berücksichtigung verdienen, allerdings auch genug gegentheiler Natur. Das bringt das Thema mit sich. Andererseits wird festzustellen sein, ob das Parteiprogramm in Bezug auf praktische Verwerthung in der Landagitation so arm ist, wie vielfach behauptet wird, und die Erörterung unserer prinzipiellen Forderungen so gefährlich und wirkungslos, als dies neulich in einer Versammlung der Haller Parteigenossen zum Ausdruck kam. Wir glauben weder an das Eine, noch das Andere. Die Entwicklung der Verhältnisse im letzten Jahrzehnt hat uns auch auf dem Lande mächtig

vorgearbeitet und zwar überall in Deutschland. Wer diese Verhältnisse studirt und kennen lernt und bei der Agitation den richtigen Ton zu treffen versteht, hat weit mehr Erfolg als er erwartet.

Einen anderen Gegenstand der Verhandlungen bildet das Referat Schippel's über die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle und ähnlicher großkapitalistischer Organisationen in unserer wirthschaftlichen Entwicklung.

Die Erörterung dieses Punktes ist nicht mind. r wichtig wie die Agrarfrage, denn diese großkapitalistischen Organisationen treten in unserem Wirthschaftsleben immer stärker in den Vordergrund und beherrschen dasselbe immer mehr. Unseren mittleren und kleineren Betrieben gegenüber sind sie in der Rolle der Riesenschlange, die durch ihre Umringelung die erfasste Beute zerdrückt und erstickt, wohingegen die von ihnen bewirkte „Regulirung der Produktion“ für die Arbeiter die Wirkung hat, die Löhne zu drücken, indem sie die Reservearmee vergrößert. Gleichzeitig werden sie großkapitalistische Kampforganisationen gegen die Arbeiter, die sie machtlos machen und unterdrücken. Sicher wird der Parteitag in seinem Urtheil über diese großkapitalistischen Gewerkschaften sich viel klarer und bestimmter auszudrücken wissen, als dies die diesjährige Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik über dieselbe Frage vermochte.

Was sonst auf dem Parteitag neben rein geschäftlichen Angelegenheiten verhandelt wird, betrifft die alljährlich wiederkehrenden Punkte; Agitation, Organisation, Presse. In allen drei Richtungen werden, wie immer, so auch diesmal die Wünsche weit über die Erfüllungsmöglichkeit hinausgehen.

Das ist kein Fehler. Es ist vielmehr ein Zeichen der Lebenskraft und Muthigkeit auf der unstillbaren Kampfeslust der Partei, daß von allen Seiten immer neue, wenn auch zunächst unerfüllbare Ansprüche und Forderungen auftauchen. Man vergleiche in dieser Beziehung einmal einen sozialdemokratischen Parteitag mit einem solchen unserer Gegner. Der gewaltige Unterschied springt in die Augen.

Diese unstillbare Kampfeslust, dieser sich unüberwindlich haltende Kampfesmuth giebt auch die Sicherheit, daß alle Versuche unserer Feinde, die Partei, sei es durch neue Ausnahmegesetze, durch Verschärfung der bestehenden Gesetze zu knebeln, an ihrem Widerstande zerschellen werden wie Glas an Granit.

Die nationalliberale Partei hat kürzlich auf ihrem Delegirtenkongreß in Frankfurt a. M. im Sinne neuer Gewaltmaßregeln gegen die Sozialdemokratie sich ausgesprochen. Sie hat damit wieder aufs neue eine Befestigung für ihre Feigheit, Intoleranz und Caratterlosigkeit gegeben, Eigenschaften, durch die sich die nationalliberale Partei vor allen bürgerlichen Parteien besonders auszeichnet. Glaubt sie aber, oder glauben Andere, durch solche Drohungen die Sozialdemokratie einschüchtern zu können, die Tage von Frankfurt werden sie eines Besseren belehren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

„Die einzige Säule, die einzige Stütze für die Monarchie, bildet das Heer.“ So sprach der deutsche Kaiser bei der letzten Fahnenweihe. Das ist für uns nichts Neues.

Neue Opfer für den Moloch hat der Kaiser in seiner letzten Rede bei der Fahnenweihe angekündigt. Nach der übereinstimmenden Meldung verschiedener Berichterstatter hat der Kaiser gesagt:

„Er hoffe, daß die Halbataillone nun bald als Vollataillone aufgestellt werden würden.“

Dies würde dem Plane einer Verdoppelung der Armee gleichkommen. Bei der letzten Militärvorlage haben der Reichskanzler und der Kriegsminister eine weitere Vermehrung der Armee für die nächste Zukunft energisch in Abrede gestellt.

Der Mannheimer Hochverrathsprozess. Sonnabend kam vor dem Großherzoglichen Schwurgericht in Mannheim der Hochverrathsprozess gegen den Redakteur und die Herausgeber der sozialdemokratischen Mannheimer Volksstimme zur Verhandlung. Angeklagt sind 1. der Redakteur Philipp Teufel; 2. der badische Landtagsabgeordnete und frühere Reichstagsabgeordnete August Dreesbach und 3. der Redakteur Karl Fenz. Sie sind

beschuldigt, „in gemeinschaftlicher Ausführung am 4. August dieses Jahres von Mannheim aus durch Verbreitung von Schriften zu einem Unternehmen des Hochverrats, nämlich zum gewalttätigen Umsturz der badischen Verfassung aufgefordert zu haben.“ Am genannten Tage erschien in der Mannheimer Volksstimme ein „Reminiscenzen“ überschriebener Leitartikel, in dem nach einer längeren Einleitung ein revolutionäres Flugblatt aus dem Jahre 1849 wieder abgedruckt war. In der Einleitung war hervorgehoben, daß es sich um die Registrierung historischer wichtiger Dokumente aus dem Jahre der 1849er Revolution in Baden handle, die „den alten Parteigenossen die Erinnerung an jene tolle Zeit der unreisen Entschlüsse und deren Ausführung wachrufen, den jungen Parteigenossen aber ein Bild davon geben solle, wie man gegen tatsächliche Verhältnisse nicht ankämpfen könne, ohne einen Rückhalt in dem zu suchen, was auch der Rückhalt jedes Staates ist: im Volke!“ Das Flugblatt selber rührt aus den Kreisen der bürgerlichen Revolutionäre Badens im Jahre 1848/49 her, die sich um Almand Goepp, Brentano und Hecker gruppieren und atmet eine entschiedene republikanische Gesinnung. Die Nummer der Mannheimer Volksstimme wurde sofort beschlagnahmt und der Redakteur Teufel auf der Stelle verhaftet. Die Staatsanwaltschaft war zuerst der Ansicht, daß das 49er Flugblatt fingiert sei, daß einem jetzt verfassten revolutionären Aufruf nur ein historischer Mantel umgehängt worden sei. Die beiden Verleger der Volksstimme, Dreesbach und Fenz, überbrachten deshalb der Staatsanwaltschaft den Originaldruck des Flugblattes aus dem Jahre 1849, wurden dabei aber selber sofort in Haft genommen. Ihre Mitschuld wurde aus einer einige Tage vorher erschienenen und vom Verleger mitunterzeichneten Abonnements-Einladung gefolgert, in der auf die „Reminiscenzen“ hingewiesen war. Ihre Untersuchungs-Haft währte jedoch nur 48 Stunden, während Teufel in Haft blieb. Die Anklage geht von dem Gesichtspunkte aus, daß der Wiederabdruck des Aufrufs, der seinem Inhalte nach im Jahre 1849 unzweifelhaft strafbar gewesen sei, nicht aus reinem geschichtlichen Interesse erfolgt sei, sondern daß man unter dem Deckmantel der Geschichte mit ihm Politik treiben wolle, in einer Form, die man für gefahrlos gehalten habe. Die Veröffentlichung des Flugblattes in einem Geschichtswerke wäre straflos gewesen, die Veröffentlichung in einem sozialdemokratischen Blatte müßte als verführerischer Hochverrath erscheinen. Die Anklagebehörde ist nämlich der Meinung, daß sich die sozialdemokratische Partei notorisch in vollständiger Uebereinstimmung mit den Republikanern des Jahres 1848 befindet, von denen sie sich vorzugsweise nur durch ihre wirtschaftliche Politik unterscheidet. In dem Wiederabdruck sei zum mindesten eine indirekte Aufforderung zum Aufruhr zu erblicken, die aber noch gefährlicher wirken könne, als eine direkte. In der Einleitung des Artikels sei kein Wort der Mißbilligung der Tendenz des Flugblattes enthalten, dagegen seien die wichtigsten und die auf die Anwendung der Gewalt hinweisenden Stellen durch Sperr- und Fettdruck noch besonders hervorgehoben. Wenn von den Angeeschuldigten zu ihrer Entlastung auf die Fortsetzung des Artikels Reminiscenzen in einer der nächsten Nummern der „Volksstimme“ hingewiesen werde, so meint die Staatsanwaltschaft, daß diese nachträgliche Ablehnung nur zu dem Zweck, die Angeklagten zu entlasten, später geschrieben worden sei. Neben dem Verbreiten des verführerischen Hochverrats sieht die Staatsanwaltschaft in einer Stelle des Aufrufs auch den Thatbestand des § 130 des Strafgesetzbuchs erfüllt: Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegeneinander. Es wird angenommen, daß die Angeklagten nicht den Umsturz der deutschen Reichsverfassung, sondern nur den der badischen Landesverfassung bezweckt hätten. Damit ist die Zuständigkeit des badischen Schwurgerichtes — nicht die des Reichsgerichtes — erklärt. Die Angeklagten bekannten sich natürlich nicht schuldig. Auf die Anfrage des Vorsitzenden, ob die Leser der Volksstimme den Artikel nicht hätten falsch verstehen können, da doch die heutigen Verhältnisse denen des Jahres 1849 ähnlich seien, antwortete Dreesbach, der Artikel sei gerade geschrieben, um radikale Elemente vom Wege der Gewalt auf den Weg der Aufklärung zu verweisen. Die Verhältnisse seien heute ganz andere. Der Artikel wende sich an das deutsche Volk, nicht an das badische. Die Dummheit, den Arbeiter zuzumuthen, eine badische Republik unter dem Schutze des Deutschen Reiches zu errichten, werde ihm niemand zutrauen. Die Leser der Volksstimme hätten sofort gewußt, daß es sich um ein geschichtliches Aftenstück handle. Die Fragestellung lautet auf Aufforderung zum Hochverrath, Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegen einander. Die Unterfragen beziehen sich auf mildernde Umstände. Schließlich kommt noch Redakteur Teufel als schuldig der Fahrlässigkeit nach dem Pressegesetz in Betracht. Die Fragen wegen Hochverrath werden von den Geschworenen verneint, die wegen Aufreizung dagegen bejaht. Nach längerer Berathung erkennt der Gerichtshof auf 50 Mk. Geldstrafe gegen Dreesbach und Teufel auf Grund § 130 des R.-St.-G. (Aufreizung zum Klassenhaß). Fenz wurde freigesprochen.

Wo ist der Staatsanwalt? Artikel 174 des deutschen Strafgesetzbuchs lautet nämlich:

Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren werden bestraft: Beamte, die mit Personen, gegen welche sie eine Untersuchung zu führen haben oder welche ihrer Obhut anvertraut sind, unzüchtige Handlungen vorgenommen haben. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein. Nach dem Reichsgesetz über die Rechtsverhältnisse in

den Schutzgebieten vom 15. März 1888 richtet sich die Geltung des Strafrechtes für die Schutzgebiete nach den Vorschriften des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 10. Juli 1879. Der Konsulargerichtsbarkeit sind danach unterworfen die in den Gerichtsbezirken wohnenden oder sich aufhaltenden Reichsangehörigen und Schutzgenossen. Nach § 4 des Gesetzes ist in betreff des Strafrechtes anzunehmen, daß in den Konsulargerichtsbezirken das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich und die sonstigen Strafbestimmungen der Reichsgesetze gelten. — Nach der „Nöln. Btg.“ ist von der strafrechtlichen Verfolgung des Kanzlers Leist Abstand genommen, weil § 174 Ziffer 2 von Personen spricht, die sich unter der Obhut eines Beamten befinden. Die Pfandweiber hätten sich aber nicht in Leist's Obhut befunden. Diese Ansicht beruht, nach der „Nöln. Btg.“, auf einem Irrthum in der Auslegung des Begriffs „Obhut“. Nach der Entscheidung des Reichsgerichtes vom Juni 1889, Entscheidungen in Strafsachen Bd. 19 S. 255, wird unter Obhut eine mit der Pflicht der Aufsicht verbundene Fürsorge verstanden, vermöge deren ein Schutzverhältnis zwischen demjenigen, der die Obhut ausübt, und dem, dem sie zu Theil wird, begründet wird. Das Verhältniß begründet dieser Beschaffenheit wegen, zugleich in gewissem Umfange eine Abhängigkeit der der Obhut Unterstellten von dem die Obhut Uebenden. Wendet man diese oberstgerichtliche Rechtsauslegung auf die Verhältnisse an, welche die Disziplinarkammer festgestellt hat, so muß die Verneinung der Anwendbarkeit des § 174 gerechtes Bedenken erregen. Die „Pfandweiber“ sind dem Vertreter der deutschen Regierung als Sicherheit dafür übergeben worden, daß bestimmte Personen bestimmte ihnen gegenüber der deutschen Regierung obliegende Verbindlichkeiten erfüllen werden, sie sind mit den Geiseln zu vergleichen, welche auch nach dem heutigen Kriegsrechte für die Erfüllung von Verbindlichkeiten bestellt bzw. genommen werden; zweifellos entsteht durch ihre Auslieferung an den Vertreter der Regierung ein Rechts- und Thatverhältniß, welches sich mit dem der Obhut deckt; der Beamte hat auch für die ihm übergebenen Personen zu sorgen, er muß für ihren Unterhalt Sorge tragen, und daß sie von ihm abhängig sind, unterliegt keinem Zweifel. — Es wäre nun interessant, aus der Regierungspresse zu erfahren, warum also der § 174 des Strafgesetzbuchs gegen den Kanzler Leist nicht angewendet werden kann.

Eine Wallfahrt zum „Heros unseres Jahrhunderts“ wollen im nächsten Frühjahr auch schlesische „Patrioten“ unternehmen. Da in Friedrichsruh Geschenke sehr gern genommen werden, so vergessen hoffentlich die schlesischen Wallfahrer den Streuselsuchen nicht. Genommen wird Alles!

Ergebnisse der deutschen Anbauenerhebung im Jahre 1893. Nach der vorläufigen Mittheilung des kaiserlichen statistischen Amtes war im Vorjahre im Ganzen eine Anbaufläche von 54 048 703,5 Hektar vorhanden. Dieselbe vertheilt sich auf die verschiedenen Bodenbenutzungsarten wie folgt: 25 770 072,3 Hektar Ackerland, 472 620,3 Hektar Gartenland, 5 915 769,1 Hektar Wiesen, 2 873 036,6 Hektar Weide, 132 577,5 Hektar Weinberge, also überhaupt landwirtschaftlich benutzte Fläche 35 164 675,8 Hektar; ferner 13 956 827,3 Hektar Forsten und Holzungen, 484 226,9 Hektar Haus- und Hofräume, 6 060 608,9 Hektar Deel- und Umland und 2 382 264,6 Hektar Wege-land, Gewässer u. s. w.

Der Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1895/96 liegt zum größten Theil dem Bundesrath bereits vor.

Der Kolonialpolitik, so schreibt die „Korrespondenz für Centrumsblätter“, wird das Potsdamer Urtheil im Prozeß Leist nicht von Vortheil sein, wohl aber der Sozialdemokratie. Die Missionare kommen nach Kamerun, um den Negern Christenthum, Christensitten und Kultur beizubringen; Beamte, Kaufleute u. aus Europa machen die „landesüblichen“ Unsitlichkeiten mit und finden darin „absolut nichts Anstößiges“. Wie da die Missionare Erfolg haben sollen ist ein Räthsel, und wie das Ansehen und die Autorität des Deutschen Reiches bei solchen Schandthaten unter den Eingeborenen ohne Schaden davon kommen sollen, ebenfalls.“ Kann stimmen.

Die plötzliche Entlassung von etwa 20 Marine- maats, die schon eine langjährige Dienstzeit hinter sich hatten, ohne Angabe des Entlassungsgrundes wird aus Hamburg mit dem Bemerkten gemeldet, daß die Gelegenheit die höhere Instanz beschäftige.

Zur Eidesverweigerung der Genossen Bueb und Doppler berichtet der Offenburger „Volksfreund“, daß der Eid gefordert wird auf Grund eines französischen Dekretes vom 8. März 1852, welches auch in seinem Artikel 1 bestimmt: „Die Weigerung oder Nichtleistung des Eides wird als Niederlegung des Amtes angesehen.“

Genosse Bueb verlangte das Wort, um die Eidesverweigerung zu motiviren, es wurde ihm aber eröffnet, daß ihm das Wort zur Begründung seiner Eidesverweigerung nicht gegeben würde. Trotz seiner Einsprache hiergegen und einer längeren Kontroverse zwischen ihm und dem Herrn Kreisdirektor gelang es Bueb nicht, das Wort zur Begründung zu erhalten. Schließlich mußte er sich damit begnügen, ausdrücklich zu konstatiren, daß er den ihm abverlangten Eid verweigere und daß ihm nicht gestattet sei, diese Verweigerung näher zu begründen. Mit einer Verbeugung gegen die übrigen Mitglieder verließ hierauf Bueb den Saal. Bald darauf erschien auch, etwas verspätet, Doppler, der ebenfalls die Abgabe des Eides verweigerte.

Die Erklärung, welche Bueb und Doppler gemeinsam

abzugeben beabsichtigten und welche die Motive für ihre Haltung kurz angiebt, lautet in ihrem Wortlaut dahin:

Erklärung.

Bei der Bewerbung um Mandate zum Kreistag gingen wir von der Auffassung aus, daß innerhalb der so engheschränkten Befugnisse der betreffenden Körperschaft unser Gewissen und das Interesse der Wähler die einzige Richtschnur für unser Handeln zu bilden haben würden.

Mit Erntamen und Entrüstung haben wir aber vernommen, daß um die uns anvertrauten Mandate erfüllen zu können, der Herr durch die Wahl zum Kreisrat gefommene Wille der Wähler nicht genügt, sondern daß wir zuvor noch einen Eid abzulegen haben, der nach Art. 16 des Senatsbeschlusses vom 25. Dezbr. 1852 in seinem Wortlaut dahin geht: „Ich schwöre Gehorsam der Verfassung und Treue dem Kaiser.“

Obwohl wir nun nicht erkennen können, in welcher Verbindung die Aufgaben der Kreistage mit dem Kaiser und daher auch mit dem uns abverlangten Eid der Treue zu demselben stehen, so vermögen wir uns doch nicht der Bestürzung zu verschließen, daß unter Umständen wir nach Abgabe eines solchen Eides in unserer freien Willensäußerung gehindert sein dürften.

Wir legen daher gegen eine derartige Einrichtung Protest ein, und das um so entschiedener, als dieselbe nach unserer Auffassung ein indirektes Mittel zur Einschränkung der Rechte des Volkes bildet.

Nach unseren republikanischen Prinzipien bildet das Wohl des ganzen Volkes das oberste Gesetz. Es kann daher für uns bei allen unseren Handlungen nur die Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit maßgebend sein.

Erst wenn durch Aufhebung des bezeichneten Eides Gewähr dafür geschaffen ist, daß wir als freie, ungebundene Männer im Kreistag unsere Pflicht erfüllen können, werden wir die uns zu stellenden Eide annehmen.

Mülhausen, den 8. Oktober 1894.

F. Bueb,

Kreistags- und

Kreistagsmitglied.

J. Doppler,

Kreistagsmitglied.

Tabakbau im deutschen Zollgebiet im Jahre 1894.

Nach der vorläufigen Nachweisung des kaiserlichen statistischen Amtes betrug in diesem Jahr die Zahl der Tabakpflanzter 152 224, die Zahl der mit Tabak bepflanzten Grundstücke betrug 216 194, und zwar 99 851 mit weniger als 4 Hektar, 116 343 mit einem größeren Flächeninhalt. Es waren im Ganzen 17 579,8 Hektar mit Tabak bepflanzt gegen 15 198,3 Hektar im Vorjahr, also ein Mehr von 2 381,5 Hektar.

Der frühere Oberprokurator des offiziellen Pressbüreaus, Geheimrath Dr. Konstantin Köppler, der durch seine Staatsstreichschöpfung jüngst wieder, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich gelenkt hat, wird von einem Eingeweihten in der Münchener Allgemeinen Zeitung gar nicht übel gekennzeichnet. Nach ihm ist Köppler der Verfasser jenes am 4. Juli in der Wiener Politischen Korrespondenz veröffentlichten Briefes, den die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zweimal feierlich dementirt hat, wie eben die Regierung ihr unangenehm gewordene, von ihr „inspirierte“ Artikel desavouirt. Herr Köppler ist nach der Allg. Btg. auch der Verfasser des berüchtigten Krieg in Sicht-Artikels der Post aus dem Jahre 1875, den der fabelhafte Bismarck gegen Frankreich hat veröffentlicht lassen. Als der neue Kurs kam, ließ sich Köppler für Caprivi umhalsieren und schrieb 1890/91 den bekannten Aufsatz in der Post, worin er seines früheren Brotherrn Politik als Morphiumpolitik bezeichnete. Ein „brauchbarer“ Mann, dieser frühere Bubenvater der journalistischen Landsknechte der Regierung! Bubenvater hieß nach mittelalterlichem Sprachgebrauch der Landsknechtwirth, der Marktentender.

Die „Umsturz“-Politik ist der Gegenstand endloser Kannegießereien. Die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung giebt an leitender Stelle eine ihr von „geschätzter Seite“ zugegangene Zuschrift wieder, in der das Ergebnis der durch den Königsberger Weckruf des Kaisers veranlaßten Aktionen gegen die Umsturzparteien als ein völliger Wirthwar in unseren Parteiverhältnissen geschildert wird. Um aus diesem Glend herauszukommen, bleibe, da man von der Presse mit ihren unehrlichen Gewohnheiten nichts erwarten könne, nichts anderes übrig, als daß von Regierungswegen, über die Köpfe der Partei-haderer hinweg, persönliche Beziehungen mit jenem reichen Stamme treu patriotischer, sozial wie politisch einflußreicher Männer angeknüpft werden, die im Lande noch vorhanden sind. So könne allmählich noch ein Kern gefunden Einflusses hergestellt werden. Das scheint ja den Ansichten des Herrn Köppler nicht allzu fern zu stehen.

Was in Sachsen alles möglich ist. Ueber einen interessanten Prozeß berichtet die „Sächs. Btg.“ wie folgt: Vor einiger Zeit war im hiesigen Bezirk eine sozialdemokratische Volksversammlung, in der Bismarck, Crispi und der antisemitische Reichstagsabgeordnete Hähnichen angegriffen wurden. Der überwachende Beamte nahm an, daß diese Personen durch die Angriffe beleidigt seien und löste die Versammlung auf. Da Beleidigung aber eine wider die Strafgesetze verstoßende Handlung ist und bei einer solchen nach dem sächsischen Versammlungsrecht der Vorsitzende dem beleidigenden Redner das Wort zu entziehen hat, so wurde der Vorsitzende jener Versammlung unter Anklage gestellt, weil er das Wort nicht entzogen hatte. Gleichfalls angeklagt wurde ein anderer Teilnehmer der Versammlung, weil er von „untergeordneten Beamten“ gesprochen und damit eine Beamtenbeleidigung begangen haben sollte; dasselbe Schicksal widerfuhr einem sozialdemokratischen Redakteur, der nach Auflösung der Versammlung noch ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausbrachte, sich also, wie die Anklagebehörde annahm nicht „sophistisch“ entfernt hatte, wie das sächsische Vereinsrecht verlangt. Es wurden bestraft der Vorsitzende mit 2 Monaten Gefängniß, „weil er Beleidigungen geduldet“ — wegen derselben aber weder von Bismarck, noch von Crispi oder Hähnichen Strafantrag gestellt wurde —, der Beamtenbeleidiger mit 3 Wochen und der Hochausbringer mit 14 Tagen Gefängniß.

Von der Noth der Landwirtschaft. In der heutigen „Kreuzzeitung“ wird durch folgendes Inserat die Noth der Landwirtschaft wirksam illustriert:

Mittlerguts-Verkauf. Unter Ausschluß von Agenten beabsichtige ich, meine in Mecklenburg belegene Besitzung zu verkaufen. Areal 3000 Morgen, davon 2100 Morgen Acker in hoher Kultur, 200 Morgen Wiesen, 550 Morgen Wald (Buchen, Eichen, Kiefern). Vorzügliche Jagd. 38 Herde, 16 Füllen, 100 Kühe und Jungvieh, 300 Ferkel. Große Brennerei, Ziegelei. Vorzügliche Gebäude. Hochvornehmer Wohnsitz. Preis 750 000 Mark. Anzahl 250 000 Mark. Rentabilität bei jetziger Konjunktur zu 4 pCt. nachgewiesen. Adressen etc.

Die Nothschreier pflegen sonst zu behaupten, sie arbeiten mit Verlust, höchstens aber wird die Möglichkeit einer Verzinsung des Anlagekapitals von 2 Prozent zugestanden. Hier ist eine Verzinsung von 4 Prozent bei jetziger Konjunktur, d. h. bei dem niedrigsten Getreidepreise, garantiert. Dabei haben die unerschrockensten Agrarier verlangt, der Staat solle ihnen einen Minimal-Weizen-Preis von 200 Mark verbürgen! Wie viele Kaufleute wären „bei jetziger Konjunktur“ glücklich, wenn ihnen eine 4-prozentige Verzinsung ihres Anlagekapitals sicher wäre! Obendrein noch ein „hochvornehmer Wohnsitz“, eine „vorzügliche Jagd“ — wie viele Berufsweige haben es „bei jetziger Konjunktur“ so gut wie die „nothleidende“ Landwirtschaft?

Jähr ein Mulkendeckelung legt sich ein gewisser W., „dem jedenfalls noch Nichts im Knopfloch baumelt“, in den „Lhb. Anz.“ ins Zeug. Falls tatsächlich noch Geld für ein solches Denkmal übrig sein sollte — was wir nicht glauben, so wird man hoffentlich nicht so schnorren gehen, wie es jetzt mit der Sammlung für den Fonds der Lorenzkirche geschieht.

Oesterreich-Ungarn.

Proletarierblut ist Donnerstag Abends in Wien für das Wahlrecht gekostet. Für 8 Uhr war eine Massenversammlung in den Sophienböden anberaumt worden, aber schon vor 7 Uhr war der 8000 Personen fassende Saal dicht gefüllt. Die später Anlangenden besetzten die Seitengänge und die Galerien; die Tausenden, die nach 7 Uhr kamen, bewegten sich durch die Straßen in der Nähe des Lokals. Die Versammlung selbst war stürmisch bewegt und jeder Redner wurde fortwährend von brausenden Zurufen und Entrüstungsrufen gegen die Regierung und das Parlament unterbrochen. Aus jedem Antlitz sprach die unverhohlene Empörung über die österreichische Regierungspolitik und der eiserne Entschluß, die Wahlreform durchzusetzen, koste es, was es wolle. In den Ruhepausen drangen von der Straße die Klänge der Arbeiterlieder herein. Die Stimmung der Versammlung war nach der „Leipz. Volksz.“ eine höchst erregte. Trotzdem konnte die Versammlung zu Ende geführt werden, und die Arbeitergruppen zogen geordnet, wie sie gekommen, in ihre Bezirke zurück. Auf der Ringstraße zog ein vielhundertköpfiger Trupp friedlich und ruhig, nur hier und da Lieder singend und Hoch rufend, dahin, als plötzlich berittene Polizisten die Leute umzingelten und in sie hineinritten: während die Seitengänge, durch welche die Menge ausweichen wollte, von anderen Polizisten zu Fuß abgesperrt wurden. Die Menge protestirte nun laut, Pfuirufe erklangen und schon flogen die Säbel aus den Scheiden, und ein brutales Gemetzel begann. Bisher sind 2 schwere Verletzungen bekannt geworden, zahllos die Leichtverwundeten, die sich natürlich nicht meldeten. Die Polizisten schlugen wie toll drein, so daß auch eine Anzahl Passanten verletzt wurden. Dagegen wurde niemand verhaftet — die Polizei will Gerichtsverhandlungen vermeiden, bei denen ihr Vorgehen zur Sprache kommen könnte. Unter diesen Vorzeichen begann heute im Parlamente die Debatte über den Dringlichkeitsantrag Bernerstorfer, nach welchem der Wahlreform-Ausschuß aufgefördert werden soll, sofort in die Berathung der vorliegenden Anträge einzugehen, und binnen vier Wochen darüber zu referiren. Bernerstorfer schilderte in seiner Begründung auch die gestrigen Szenen als Augenzeuge. Der Ministerpräsident gab wieder eine seiner „Erklärungen“ ab, daß sich die Regierung intensiv mit der Wahlreform beschäftige, die sie noch in der gegenwärtigen Legislaturperiode vorzulegen in der Lage sein werde. Außerdem richtete er eine Warnung, eine „ernste eindringliche Warnung“, wie er sagte, an die Arbeiter. „Die Organe der staatlichen Autorität werden die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht erhalten, sie werden etwa vorkommenden geschwibigen Ausschreitungen mit Nachdruck entgegen treten, sie werden den ihnen obliegenden und mit Recht zu fordernden Schutz des ruhigen und friedlichen Bürgergergs mit Wirksamkeit ausüben. Nach ihm verlas der Minister des Innern die Polizeinote über die gestrigen Vorgänge, in welcher natürlich die Arbeiter als das böse Karmiel hingestellt werden, das immer anfängt. Aber sie ist ein einziges Mitglied der dreikönligen Parteien hatte den Muth, das Wort gegen den Antrag zu ergreifen, ja sie beschloßen, nachdem ein Deutschnationaler und ein Jungzeche vor geleertem Hause für den Antrag eingetreten waren, Schluß der Debatte und stimmten, stumm dem Befehl der Regierung gehorchend, den Antrag Bernerstorfer nieder. Dieses schände Vorgehen kann natürlich nicht dazu beitragen, die Aufregung im Volke zu mildern, und die Gewaltthaten von gestern, sowie die von der Regierung angekündigten Gewaltthaten von morgen lassen erkennen, daß wir in eine sehr ernste Periode der Wahlrechtsbewegung eingetreten sind. Die Erbitterung des Volkes ist eine unahnte, und die Koalitionsregierung spielt mit dem Feuer. Der Ausnahmezustand in Prag scheint ihr nicht zu ge-

nügen. Vielleicht hofft sie, durch einen Ausnahmezustand in Wien die Wahlrechtsbewegung zu erdrosseln, nachdem sie mit ihrem Plane, dieselbe selig entschlafen zu lassen, gescheitert ist.

Eine geheime Verbindung ist wieder einmal in der böhmischen Bergwerksstadt Prábram entdeckt. Hausnachrichten sollen „gravirendes“ Material ergeben haben. Vielleicht haben wieder sechs- oder siebenjährige junge Leute den Staat ins Wanken gebracht???

Belgien.

Unser belgisches Bruderblatt „Le Peuple“ (Das Volk) schreibt zu dem Wahlergebnis: „Die bis jetzt bekannten Wahlergebnisse geben den Sozialisten eine Stimmengeminntheit, die das Staunen unserer Gegner zur Rechten und zur Linken hervorgerufen hat. Sie wurden begrüßt durch die Freundschaftsbewegungen des Volkes und derer unter den bürgerlichen Demokraten, die keine Furcht haben, freimüthig ihre demokratischen Ueberzeugungen und ihren Glauben an die Zukunft des Sozialismus bekennen.“

Wir kennen seit lange die Hingebung der Soldaten der Arbeiterfrage. Wir wissen, daß man Wunder wirken kann in der Arbeiterpartei, wenn der Triumph der Sache Opfer erheischt. Die sozialistische Idee, der Ausdruck des Fortschritts und der Gerechtigkeit, die man erniedrigen wollte, indem man sie den Arbeitern als Utopie, den Bürgern als eine Gefahr hinstellte, sind leuchtend, fast triumphirend aus dem Kampfe hervor, den sie hat aufnehmen müssen gegen die, die noch gestern sich für ihre Vorkämpfer erklärten. Die Arbeiter haben sich nicht beirren lassen. Das Heer des Glanz hat sich hinter der rothen Fahne geordnet unter dem Rufe: Platz den Armen! Ueber das Resultat der Stichwahlen, die am gestrigen Sonntag stattfanden, liegt uns ein Bericht noch nicht vor.

Lübeck und Umgegend.

22. Oktober

Aufruf an die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Lübecks und beider Mecklenburg. In wenigen Wochen wird der Reichstag eröffnet und die Regierung wird die Tabaksteuer-Vorlage von Neuem einbringen. Durch das energische Protesterheben der deutschen Tabakarbeiter wurde die Tabaksteuer im vorigen Jahre abgelehnt. Jetzt heißt es deshalb wieder: frisch ans Werk, um den Reichstagsabgeordneten zu beweisen, daß die Tabakarbeiter nicht im Stande sind, eine nochmalige Steuererhöhung zu tragen. Wenn die Lage der Tabakarbeiter noch verschlechtert wird, so stehen wir den schlesischen Webern gleich. Auf zum Kampf gegen jede Steuererhöhung des Tabaks. Nach dem Vorschlage der Berliner Kommission hat sich eine Provinzialkommission gebildet und eruchen wir die Tabakarbeiter Lübecks und beider Mecklenburgs uns in unserem Vorhaben zu unterstützen. Alle Briefe und Geldsendungen sind zu richten an C. Sandgaard, Bleicherstraße 17.

Lindealleen und Straßenbahn. Von verschiedenen Seiten wird die Befürchtung ausgesprochen, daß unsere schönen Alleen durch das Salzfrennen auf der Straßenbahn im Winter dauernden Schaden erleiden könnten. Wenn wir uns recht erinnern, ist etwas Derartiges nicht zu befürchten, weil bei elektrischen Bahnen das Salzfrennen überhaupt nicht nöthig ist. So wurde z. B. seiner Zeit aus Halle berichtet, daß die elektrische Straßenbahn den Schnee selbstständig vom Geleise entfernte. Wenn nun die „L. A.“ dem gegenüber bemerken, daß in Bremen die Bäume unter der Salzfäureentwicklung stark gelitten haben, so ist uns zunächst unbekannt, ob es in Bremen eine elektrische Bahn giebt. Im umgekehrten Falle schließen wir uns natürlich dem an, daß die Straßenbahnverwaltung auf unsere herrlichen Alleen so viel als möglich Rücksicht nimmt. (Anm. d. Schers.: So weit mir erinnerlich, fährt die elektrische Bahn in Bremen nirgends so nahe an den Allee-Bäumen wie hier, sondern z. B. wie auf der längsten Strecke der Stadt, nach Horn, stets in der Mitte der Chaussee. Vielleicht ist in den „L. A.“ Hannover statt Bremen gemeint, wo die Sache ähnlich wie hier liegt.)

Eintragung in das Handelsregister. Am 20. Okt. 1894 ist eingetragen: auf Blatt 1796 die Firma: A. S. F. Fid. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Adolph Johann Heinrich Fid, Kaufmann in Lübeck.

Stadttheater. Die phantastische Oper „Hänsel und Gretel“ wurde gestern Abend bei äußerst gutbesetzten Hause gegeben und errang sich einen glänzenden Erfolg. Wir werden Morgen über die Aufführung ein längeres Referat bringen. Zugleich theilen wir mit, daß die Oper schon Morgen wiederholt wird. Der Besuch derselben verlohnt sich.

Eine überaus gefährvolle Reise hatte, wie die „E. Z.“ mittheilt, der hiesige Dampfer „Gita“, Kapl. Bierstorff, welcher Freitag Abend im hiesigen Hafen ankam, durchzumachen. Der Dampfer, welcher vor einigen Tagen schwer beladen, mit einer Ladung Bretter von Windau ankam, befam nach Verlauf einiger Stunden Schlagseite und legte sich nach der Backbordseite über. Nachdem unter großen Anstrengungen der gesammten Mannschaft, der Dampfer einigermaßen wieder in die richtige Lage gebracht war, legte sich der Dampfer nach kurzer Zeit aufs Neue, jedenfalls in Folge der hohen Deckladung und des Beerwerbens der Kohlenbunker nach der Steuerbordseite, aber gleich so tief, daß das Wasser auf dieser Seite bis an die Großlute spülte. In dieser gefährlichen Lage des Schiffes ging die Reise bis nach hier weiter. Zum Glück war die See nicht lebhaft, sonst hätte die Reise vielleicht ein sehr schlimmes Ende nehmen können. Auch der vor einigen Tagen von Rotta mit einer Ladung Bretter angekommene Dampfer „Zmatra“, Kapl. Schöning, hatte eine sehr schwere Reise. Während des weitans größten Theils der Reise, hauptsächlich zwischen Gotland und Arcona, hatte der Dampfer mit schweren Nordostwinden zu kämpfen und gewaltige Wellen brachen über das Schiff. Da nun Kapl. Schöning befürchtete, einen Theil der Deckladung über

Vord weilen zu müssen, um den Dampfer flott halten zu können, wurde der sog. Wellendämpfer in Thätigkeit gesetzt. Nach kurzer Zeit konnte man nun die wunderbare Wirkung des Dämpfers wahrnehmen. Die Kraft der Wellen wurde durch das austropfende Del thatsächlich gebrochen und nur noch einige kleine Sprühdellen kamen auf Deck des Dampfers.

Der Vorstand des allgemeinen Vereins der Töpfer, Filiale Lübeck, ersucht uns um Ausnahme der folgenden Zeilen: „Bekanntlich ließ sich vor kurzem der Kassierer eines hiesigen Vergnügungsvereins, ein Töpfer, einsperren, weil er in den letzten Jahren ca. 2000 Mark, nach seiner Angabe, unterschlagen hat. Um nun allen Gerüchten die Spitze abzubreaken, theilen wir mit, daß der Inhaftirte der Gewerkschaft der Töpfer nicht angehört hat. Im Gegentheil, er war Mitglied eines Militärvereins und anderer „patriotischer“ Vereine. Dergleichen arbeitete er auch mehr selbständig.“ — Soweit das Eingefandte. Wie man uns weiter mittheilt, trieb der Inhaftirte allerhand Sport. So mußte er trotz seiner finanziellen Lage die Segelregatta in Travemünde mitmachen; jedenfalls weil es ohne ihn sonst nicht ging. Während des Vorlotts der Walkmühle dagegen gehörte er zu denen, die am meisten gegen den Boykott zeteren. Auch wird uns ferner von geschätzter Seite noch mitgetheilt, daß Krankheit seiner Frau zur Unterschlagung nicht beigetragen haben kann. Es gehörte vielmehr zu den Angewohnheiten des Defraudanten, mit dem Gelde zu prahlen. Traurige Familienzustände können unbedingt nicht die Ursache der Unterschlagung gewesen sein. Der Inhaftirte scheint aber zur Gattung der Leute zu gehören, die der Sozialdemokratie vorwerfen: sie wolle „theilen“, während sie selbst das ihnen von fremder Hand anvertraute Gut einer Theilung unterziehen.

Ein großer Feuerschein wurde gestern Abend gegen 7 Uhr in der Richtung Fischerbuden-Grünau bemerkt. Von der Blücherstraße aus waren die auflodernden Flammen sehr gut zu sehen. Wo es und was gebrannt hat, entzieht sich vorläufig noch unserer Kenntniß.

Unglücksfall. Dem Kutscher Haase, welcher auf der Schiefenberger Mühle bedient ist, stieß am Freitag Abend ein bedauerenswerther Unglücksfall zu. Als Haase vor seinem Fuhrwerke stehend, die Deichsel desselben gerade richten wollte, zogen die Pferde an und wurde ihm die Deichsel in den Unterleib gestossen. H. wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhause gebracht.

Der Logischwindel scheint auch bei uns in Lübeck immer mehr einzureißen. So logirte bei Fr. Stolzenburg, Hartengrube 32, ein Mann drei Nächte lang, welcher vorgab, Obst- und Gemüsehändler zu sein. Der Mann mochte ungefähr 20 Jahre alt sein. Nach seinen Angaben wollte er aus Lübeck stammen und Schomann heißen. Allem Anschein nach, ist dieser Mann identisch mit einem sich Schiemann Nennenden. Jede Woche scheint derselbe ein neues Logis zu beziehen. Bei dem einen hat er keinen Platz, bei dem anderen seine Sachen; und als Herr Stolzenburg ihn anhieft, seine Sachen zu bringen oder vorher zu bezahlen, ist der Unbekannte natürlich verduftet. Es sei deshalb Jeder vor dieser Person gewarnt.

Stadelsdorf. Dem Genossen Fessel, welcher in diesem Sommer das Unglück hatte, ein Bein zu brechen, hat das Schicksal einen schweren Schlag versetzt. Während er selbst noch an den Folgen dieses Unfalles darniederliegt, wurde am Sonnabend seine Frau, weil sie an Gemüthskrankheit leidet, auf Anordnung des Gemeindevorstandes in das hiesige Irrenhaus überführt. Daß die Verhältnisse bei ihm unter solchen Umständen nicht allzu rosig sind, läßt sich wohl leicht ermessen.

Reinfeld. Drei Einbruchsdiebstähle wurden hierselbst Freitag Nacht verübt. Bei dem Kaufmann Möller in Reufes drückten die Spießbuben ein Fenster der Wagenremise ein, drangen in das Gebäude ein und entwendeten hier mehrere Werkzeuge, ein Stemm- und Brecheisen, Knickmesser etc. Mittels dieser Werkzeuge verschafften sie sich dann Eingang in die Wohnräume, wo sie einen Sekretär und eine Komode erbrachen, dieselben durchwühlten und sich verschiedene Gegenstände, wie Schlüssel, Denkmünzen, Pfeifen etc., aneigneten. Von dort begaben sich die Diebe nach dem Flecken und brachen daselbst bei dem Kaufmann Bandholz ein, wo sie durch das Fenster auf den Boden stiegen und einen Revolver, eine doppelläufige Pistole, Patronen, Pulver, Strümpfe, Taschentücher etc. entwendeten. Darauf drangen sie in den Laden ein, erbrachen die drei Kassen und eigneten sich das in denselben befindliche Wechselgeld im Betrage von ungefähr 10 Mk. an. (S. F.)

Güstrow. Am Dienstag hatten die Ausständigen den ersten Renegaten zu verzeichnen. Es ist dies ein junger, unverheirateter Dreher Namens Haupt. Als Grund für sein unschönes Verhalten gab er an, daß ihm die Unterstützung seitens des Streik-Komitees verweigert worden sei. Das entspricht jedoch nicht der Wahrheit. Haupt, der vor etwa 5 Wochen von hier abreiste, kam am Montag v. B. wieder zurück und fragte beim Streik-Komitee an, ob er wieder als Streikender angesehen und als solcher unterstützt werden würde. Ihm wurde geantwortet, daß die Angelegenheit den Ausständigen zur Beschlussfassung unterbreitet werden sollte. Dies war am Vormittag; am Nachmittag ging der Herr an die erbetelte Arbeit und errang sich damit den Ruhm, der erste Streikbrecher von 125 Ausständigen geworden zu sein. Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleich die auch bei unserem Philisterrum seit einiger Zeit sehr beliebt gewordene Legende von dem Mangel an Mitteln zur Unterstützung der Streikenden zerstreuen, insbesondere diene dem „Hamb. Correspondent“ und dessen

Beschuldigt, „in gemeinschaftlicher Ausführung am 4. August dieses Jahres von Mannheim aus durch Verbreitung von Schriften zu einem Unternehmen des Hochverraths, nämlich zum gewaltsamen Umsturz der badischen Verfassung aufgefordert zu haben.“ Am genannten Tage erschien in der Mannheimer Volksstimme ein „Reminiszenzen“ überschriebener Leitartikel, in dem nach einer längeren Einleitung ein revolutionäres Flugblatt aus dem Jahre 1849 wieder abgedruckt war. In der Einleitung war hervorgehoben, daß es sich um die Registrierung historischer wichtiger Dokumente aus dem Jahre der 1849er Revolution in Baden handle, die „den alten Parteigenossen die Erinnerung an jene tolle Zeit der unreifen Entschlüsse und deren Ausführung wachrufen, den jungen Parteigenossen aber ein Bild davon geben solle, wie man gegen thätliche Verhältnisse nicht ankämpfen könne, ohne einen Mißthat in dem zu suchen, was auch der Mißthat jedes Staates ist: im Volke!“ Das Flugblatt selber rührt aus den Kreisen der bürgerlichen Revolutionäre Badens im Jahre 1848/49 her, die sich um Amand Goegg, Brentano und Becker gruppierten und atmeten eine entschieden republikanische Gesinnung. Die Nummer der Mannheimer Volksstimme wurde sofort beschlagnahmt und der Redakteur Teufel auf der Stelle verhaftet. Die Staatsanwaltschaft war zuerst der Ansicht, daß das 49er Flugblatt fingiert sei, daß einem jetzt verfaßten revolutionären Aufruf nur ein historischer Mantel umgehängt worden sei. Die beiden Verleger der Volksstimme, Dreesbach und Fenz, überbrachten deshalb der Staatsanwaltschaft den Originaldruck des Flugblattes aus dem Jahre 1849, wurden dabei aber selber sofort in Haft genommen. Ihre Mitschuld wurde aus einer einige Tage vorher erschienenen und vom Verleger mitunterzeichneten Abonnements-Einladung gefolgert, in der auf die „Reminiszenzen“ hingewiesen war. Ihre Untersuchungshaft währte jedoch nur 48 Stunden, während Teufel in Haft blieb. Die Anklage geht von dem Gesichtspunkte aus, daß der Wiederabdruck des Aufrufs, der seinem Inhalte nach im Jahre 1849 unzweifelhaft strafbar gewesen sei, nicht aus reinem geschichtlichen Interesse erfolgt sei, sondern daß man unter dem Deckmantel der Geschichte mit ihm Politik treiben wollte, in einer Form, die man für gefahrlos gehalten habe. Die Veröffentlichung des Flugblattes in einem Geschichtswerke wäre straflos gewesen, die Veröffentlichung in einem sozialdemokratischen Blatte müßte als verführerischer Hochverrath erscheinen. Die Anklagebehörde ist nämlich der Meinung, daß sich die sozialdemokratische Partei notorisch in vollständiger Uebereinstimmung mit den Republikanern des Jahres 1848 befindet, von denen sie sich vorzugsweise nur durch ihre wirtschaftliche Politik unterscheidet. In dem Wiederabdruck sei zum mindesten eine indirekte Aufforderung zum Aufruhr zu erblicken, die aber noch gefährlicher wirken könne, als eine direkte. In der Einleitung des Artikels sei kein Wort der Mißbilligung der Tendenz des Flugblattes enthalten, dagegen seien die wichtigsten und die auf die Anwendung der Gewalt hinweisenden Stellen durch Sperr- und Fettdruck noch besonders hervorgehoben. Wenn von den Angeeschuldigten zu ihrer Entlastung auf die Fortsetzung des Artikels Reminiszenzen in einer der nächsten Nummern der „Volksstimme“ hingewiesen werde, in der eine ablehnende Kritik des Flugblattes enthalten sei, so meint die Staatsanwaltschaft, daß diese nachträgliche Ablehnung nur zu dem Zweck, die Angeklagten zu entlasten, später geschrieben worden sei. Neben dem Verbreiten des verführerischen Hochverraths sieht die Staatsanwaltschaft in einer Stelle des Aufrufs auch den Thatbestand des § 130 des Strafgesetzbuchs erfüllt: Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegeneinander. Es wird angenommen, daß die Angeklagten nicht den Umsturz der deutschen Reichsverfassung, sondern nur den der badischen Landesverfassung bezweckt hätten. Damit ist die Zuständigkeit des badischen Schwurgerichtes — nicht die des Reichsgerichtes — erklärt. Die Angeklagten bekannten sich natürlich nicht schuldig. Auf die Anfrage des Vorsitzenden, ob die Leser der Volksstimme den Artikel nicht hätten falsch verstehen können, da doch die heutigen Verhältnisse denen des Jahres 1849 ähnlich seien, antwortete Dreesbach, der Artikel sei gerade geschrieben, um radikale Elemente vom Wege der Gewalt auf den Weg der Aufklärung zu verweisen. Die Verhältnisse seien heute ganz andere. Der Artikel wende sich an das deutsche Volk, nicht an das badische. Die Dummheit, den Arbeitern zuzumuthen, eine badische Republik unter dem Schutze des Deutschen Reiches zu errichten, werde ihm niemand zutrauen. Die Leser der Volksstimme hätten sofort gewußt, daß es sich um ein geschichtliches Aktentück handle. Die Fragestellung lautet auf Aufforderung zum Hochverrath, Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegen einander. Die Unterfragen beziehen sich auf mildere Umstände. Schließlich kommt noch Redakteur Teufel als schuldig der Fahrlässigkeit nach dem Preßgesetz in Betracht. Die Fragen wegen Hochverrath werden von den Geschworenen verneint, die wegen Aufreizung dagegen bejaht. Nach längerer Berathung erkennt der Gerichtshof auf 50 Mk. Geldstrafe gegen Dreesbach und Teufel auf Grund § 130 des R.-St.-G. (Aufreizung zum Klassenhaß). Fenz wurde freigesprochen.

Wo ist der Staatsanwalt? Artikel 174 des deutschen Strafgesetzbuchs lautet nämlich:
Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren werden bestraft: Beamte, die mit Personen, gegen welche sie eine Untersuchung zu führen haben oder welche ihrer Obhut anvertraut sind, unzüchtige Handlungen vorgenommen haben. Sind mildere Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.
Nach dem Reichsgesetz über die Rechtsverhältnisse in

den Schutzgebieten vom 15. März 1888 richtet sich die Geltung des Strafrechtes für die Schutzgebiete nach den Vorschriften des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 10. Juli 1879. Der Konsulargerichtsbarkeit sind danach unterworfen die in den Gerichtsbezirken wohnenden oder sich aufhaltenden Reichsangehörigen und Schutzgenossen. Nach § 4 des Gesetzes ist in betreff des Strafrechtes anzunehmen, daß in den Konsulargerichtsbezirken das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich und die sonstigen Strafbestimmungen der Reichsgesetze gelten. — Nach der „Köln. Btg.“ ist von der strafrechtlichen Verfolgung des Kanzlers Leist Abstand genommen, weil § 174 Riffer 2 von Personen spricht, die sich unter der Obhut eines Beamten befinden. Die Pfandweiber hätten sich aber nicht in Leist's Obhut befunden. Diese Ansicht beruht, nach der „Köln. Btg.“, auf einem Irrthum in der Auslegung des Begriffs „Obhut“. Nach der Entscheidung des Reichsgerichtes vom Juni 1889, Entscheidungen in Strafsachen Bd. 19 S. 255, wird unter Obhut eine mit der Pflicht der Aufsicht verbundene Fürsorge verstanden, vermöge deren ein Schutzverhältnis zwischen demjenigen, der die Obhut ausübt, und dem, dem sie zu Theil wird, begründet wird. Das Verhältniß begründet dieser Beschaffenheit wegen, zugleich in gewissem Umfange eine Abhängigkeit der der Obhut Unterstellten von dem die Obhut Lebenden. Wendet man diese oberstgerichtliche Rechtsauslegung auf die Verhältnisse an, welche die Disziplinarkammer festgestellt hat, so muß die Verneinung der Anwendbarkeit des § 174 gerechtes Bedenken erregen. Die „Pfandweiber“ sind dem Vertreter der deutschen Regierung als Sicherheit dafür übergeben worden, daß bestimmte Personen bestimmte ihnen gegenüber der deutschen Regierung obliegende Verbindlichkeiten erfüllen werden, sie sind mit den Geiseln zu vergleichen, welche auch nach dem heutigen Kriegsrechte für die Erfüllung von Verbindlichkeiten bestellt bezw. genommen werden; zweifellos entsteht durch ihre Auslieferung an den Vertreter der Regierung ein Rechts- und Thatverhältniß, welches sich mit dem der Obhut deckt; der Beamte hat auch für die ihm übergebenen Personen zu sorgen, er muß für ihren Unterhalt Sorge tragen, und daß sie von ihm abhängig sind, unterliegt keinem Zweifel. — Es wäre nun interessant, aus der Regierungspresse zu erfahren, warum also der § 174 des Strafgesetzbuches gegen den Kanzler Leist nicht angewendet werden kann.

Eine Wallfahrt zum „Heros unseres Jahrhunderts“ wollen im nächsten Frühjahr auch schlesische „Patrioten“ unternehmen. Da in Friedrichsruh Geschenke sehr gern genommen werden, so vergessen hoffentlich die schlesischen Wallfahrer den Streuselkuchen nicht. Genommen wird Alles!

Ergebnisse der deutschen Anbauenerhebung im Jahre 1893. Nach der vorläufigen Mittheilung des kaiserlichen statistischen Amtes war im Vorjahre im Ganzen eine Anbaufläche von 54 048 703,5 Hektar vorhanden. Dieselbe vertheilt sich auf die verschiedenen Bodenbenutzungsarten wie folgt: 25 770 072,3 Hektar Ackerland, 472 620,3 Hektar Gartenland, 5 915 769,1 Hektar Wiesen, 2 873 036,6 Hektar Weide, 132 577,5 Hektar Weinberge, also überhaupt landwirtschaftlich benutzte Fläche 35 164 675,8 Hektar; ferner 13 956 827,3 Hektar Forsten und Holzungen, 484 226,9 Hektar Haus- und Hofräume, 6 060 608,9 Hektar Deh- und Unland und 2 382 264,6 Hektar Wege-land, Gewässer u. s. w.

Der Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1895/96 liegt zum größten Theil dem Bundesrath bereits vor.

Der Kolonialpolitik, so schreibt die „Korrespondenz für Centrumsbätter“, wird das Potsdamer Urtheil im Prozeß Leist nicht von Vortheil sein, wohl aber der Sozialdemokratie. Die Missionare kommen nach Kamerun, um den Negern Christenthum, Christensitten und Kultur beizubringen; Beamte, Kaufleute u. aus Europa machen die „landesüblichen“ Unsitlichkeiten mit und finden darin „absolut nichts Anstößiges“. Wie da die Missionare Erfolg haben sollen ist ein Räthsel, und wie das Ansehen und die Autorität des Deutschen Reiches bei solchen Schandthaten unter den Eingeborenen ohne Schaden davon kommen sollen, ebenfalls. Kann stimmen.

Die plötzliche Entlassung von etwa 20 Marine- maats, die schon eine langjährige Dienstzeit hinter sich hatten, ohne Angabe des Entlassungsgrundes wird aus Hamburg mit dem Bemerkten gemeldet, daß die Angelegenheit die höhere Instanz beschäftigen wird.

Zur Eidesverweigerung der Genossen Bueb und Doppler berichtet der Offenburger „Volksfreund“, daß der Eid gefordert wird auf Grund eines französischen Dekretes vom 8. März 1852, welches auch in seinem Artikel 1 bestimmt: „Die Weigerung oder Nichtleistung des Eides wird als Niederlegung des Amtes angesehen.“

Genosse Bueb verlangte das Wort, um die Eidesverweigerung zu motiviren, es wurde ihm aber eröffnet, daß ihm das Wort zur Begründung seiner Eidesverweigerung nicht gegeben würde. Trotz seiner Einsprache hiergegen und einer längeren Kontroverse zwischen ihm und dem Herrn Kreisdirektor gelang es Bueb nicht, das Wort zur Begründung zu erhalten. Schließlich mußte er sich damit begnügen, ausdrücklich zu konstatiren, daß er den ihm abverlangten Eid verweigere und daß ihm nicht gestattet sei, diese Verweigerung näher zu begründen. Mit einer Verbeugung wegen die übrigen Mitglieder verließ hierauf Bueb den Saal. Bald darauf erschien auch, etwas verspätet, Doppler, der ebenfalls die Abgabe des Eides verweigerte.

Die Erklärung, welche Bueb und Doppler gemeinsam

abzugeben beabsichtigten und welche die Motive für ihre Haltung kurz angiebt, lautet in ihrem Wortlaut dahin:

Erklärung.

Bei der Bewerbung um Mandate zum Kreistag gingen wir von der Auffassung aus, daß innerhalb der so engebegrenzten Befugnisse der betreffenden Körperschaft unser Gewissen und das Interesse der Wähler die einzige Richtschnur für unser Handeln zu bilden haben würden.

Mit Erkaunen und Entrüstung haben wir aber vernommen, daß um die uns anvertrauten Mandate erfüllen zu können, der klar durch die Wahl zum Ausdruck gekommene Wille der Wähler nicht genügt, sondern daß wir zuvor noch einen Eid abzulegen haben, der nach Art. 16 des Senatsbeschlusses vom 25. Dezbr. 1892 in seinem Wortlaut dahin geht: „Ich schwöre Gehorsam der Verfassung und Treue dem Kaiser.“

Obwohl wir nun nicht erkennen können, in welcher Verbindung die Aufgaben der Kreistage mit dem Kaiser und daher auch mit dem uns abverlangten Eid der Treue zu demselben stehen, so vermögen wir uns doch nicht der Befürchtung zu verschließen, daß unter Umständen wir nach Abgabe eines solchen Eides in unserer freien Willensäußerung gehindert sein dürften.

Wir legen daher gegen eine derartige Einrichtung Protest ein, und das um so entschiedener, als dieselbe nach unserer Auffassung ein indirektes Mittel zur Einschränkung der Rechte des Volkes bildet.

Nach unseren republikanischen Prinzipien bildet das Wohl des ganzen Volkes das oberste Gesetz. Es kann daher für uns bei allen unseren Handlungen nur die Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit maßgebend sein.

Erst wenn durch Aufhebung des bezeichneten Eides Gewähr dafür geschaffen ist, daß wir als freie, ungebundene Männer im Kreistag unsere Pflicht erfüllen können, werden wir die uns zustehenden Sitze einnehmen.

Mülhausen, den 8. Oktober 1894.

J. Bueb,
Reichstags- und
Kreistagsmitglied.

J. Doppler,
Kreistagsmitglied.

Tabakbau im deutschen Zollgebiet im Jahre 1894.

Nach der vorläufigen Nachweisung des kaiserlichen statistischen Amtes betrug in diesem Jahre die Zahl der Tabakpflanzter 152 224, die Zahl der mit Tabak bespflanzten Grundstücke betrug 216 194, und zwar 99 851 mit weniger als 4 Hektar, 116 343 mit einem größeren Flächeninhalt. Es waren im Ganzen 17 579,8 Hektar mit Tabak bespflanzte gegen 15 198,3 Hektar im Vorjahre, also ein Mehr von 2 381,5 Hektar.

Der frühere Oberprokurator des offiziellen Preßbureaus, Geheimrath Dr. Konstantin Köhler, der durch seine Staatsstreikbeschuldigung längst wieder, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich gelenkt hat, wird von einem Eingeweihten in der Münchener Allgemeinen Zeitung gar nicht übel gekennzeichnet. Nach ihm ist Köhler der Verfasser jenes am 4. Juli in der Wiener Politischen Korrespondenz veröffentlichten Briefes, den die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zweimal feierlich dementirt hat, wie eben die Regierung ihr unangenehm gewordene, von ihr „inspirirte“ Artikel desavouirt. Herr Köhler ist nach der Allg. Btg. auch der Verfasser des berühmten Krieg in Sicht-Artikels der Post aus dem Jahre 1875, den der fäbelhafte Bismarck gegen Frankreich hat veröffentlicht lassen. Als der neue Kurs kam, ließ sich Köhler für Caprivi umhalsen und schrieb 1890/91 den bekannten Aufsatz in der Post, worin er seines früheren Brotherrn Politik als Morphiumpolitik bezeichnete. Ein „brauchbarer“ Mann, dieser frühere Bubenvater der journalistischen Landsknechte der Regierung! Bubenvater hieß nach mittelalterlichem Sprachgebrauche der Landsknechtwirth, der Marktender.

Die „Umsturz“-Politik ist der Gegenstand endloser Rannegiebereien. Die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung giebt an leitender Stelle eine ihr von „geschätzter Seite“ zugegangene Zuschrift wieder, in der das Ergebnis der durch den Königsberger Weckruf des Kaisers veranlaßten Aktionen gegen die Umsturzparteien als ein völliger Wirrwarr in unseren Parteiverhältnissen geschildert wird. Um aus diesem Lenz herauszukommen, bliebe, da man von der Presse mit ihren unehrlichen Gewohnheiten nichts erwarten könne, nichts anderes übrig, als daß von Regierungswegen, über die Köpfe der Parteihaberer hinweg, persönliche Beziehungen mit jenem reichen Stamme treu patriotischer, sozial wie politisch einflußreicher Männer angeknüpft werden, die im Lande noch vorhanden sind. So könne allmählich noch ein Kern gesunder Einflusses hergestellt werden. Das scheint ja den Ansichten des Herrn Köhler nicht allzu fern zu stehen.

Was in Sachsen alles möglich ist. Ueber einen interessanten Prozeß berichtet die „Frl. Btg.“ wie folgt: Vor einiger Zeit war im hiesigen Bezirk eine sozialdemokratische Volksversammlung, in der Bismarck, Crispi und der antisemitische Reichstagsabgeordnete Hähnichen angegriffen wurden. Der überwachende Beamte nahm an, daß diese Personen durch die Angriffe beleidigt seien und löste die Versammlung auf. Da Beleidigung aber eine wider die Strafgesetze verstoßende Handlung ist und bei einer solchen nach dem sächsischen Versammlungsrecht der Vorsitzende dem beleidigenden Redner das Wort zu entziehen hat, so wurde der Vorsitzende jener Versammlung unter Anklage gestellt, weil er das Wort nicht entzogen hatte. Gleichfalls angeklagt wurde ein anderer Teilnehmer der Versammlung, weil er von „untergeordneten Beamten“ gesprochen und damit eine Beamtenbeleidigung begangen haben sollte; dasselbe Schicksal widerfuhr einem sozialdemokratischen Redakteur, der nach Auflösung der Versammlung noch ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausbrachte, sich also, wie die Anklagebehörde annahm nicht „sofort“ entfernt hatte, wie das sächsische Vereinsrecht verlangt. Es wurden bestraft der Vorsitzende mit 2 Monaten Gefängniß, weil er Beleidigungen geduldet“ — wegen deren aber weder von Bismarck, noch von Crispi oder Hähnichen Strafantrag gestellt wurde —, der Beamtenbeleidiger mit 3 Wochen und der Hochausbringer mit 14 Tagen Gefängniß.

Von der Noth der Landwirthschaft. In der heutigen Kreuzzeitung wird durch folgendes Inserat die Noth der Landwirthschaft wirksam illustriert:

Mittlergüter-Verkauf. Unter Ausschluß von Agenten beabsichtige ich, meine in Mecklenburg belegene Besikung zu verkaufen. Areal 3000 Morgen, davon 2100 Morgen Acker in hoher Kultur, 200 Morgen Wiesen, 550 Morgen Wald (Buchen, Eichen, Kiefern). Vorzügliche Jagd. 38 Pferde, 16 Füllen, 100 Kühe und Jungvieh, 300 Ferkel. Große Brennerei, Ziegelei. Vorzügliche Gebäude. Hochvernehmer Wohnsitz. Preis 750 000 Mark. Anzahl 250 000 Mark. Rentabilität bei jetziger Konjunktur zu 4 pCt. nachgewiesen. Adressen 2c.

Die Nothschreier pflegen sonst zu behaupten, sie arbeiten mit Verlust, höchstens aber wird die Möglichkeit einer Verzinsung des Anlagekapitals von 2 Prozent gestanden. Hier ist eine Verzinsung von 4 Prozent bei jetziger Konjunktur, d. h. bei dem niedrigsten Getreidepreise, garantiert. Dabei haben die unerschrockensten Agrarier verlangt, der Staat solle ihnen einen Minimal-Weizen-Preis von 200 Mark verbürgen! Wie viele Kaufleute wären „bei jetziger Konjunktur“ glücklich, wenn ihnen eine 4-prozentige Verzinsung ihres Anlagekapitals sicher wäre! Obendrein noch ein „hochvernehmer Wohnsitz“, eine „vorzügliche Jagd“ — wie viele Berufsweige haben es „bei jetziger Konjunktur“ so gut wie die „nothleidende“ Landwirthschaft?

Für ein Moskedenkmal legt sich ein gewisser W., dem jedenfalls noch Nichts im Knopfloch baumelt, in den „Lüb. Anz.“ ins Zeug. Falls thätlich noch Geld für ein solches Denkmal übrig sein sollte — was wir nicht glauben, so wird man hoffentlich nicht so schnorren gehen, wie es jetzt mit der Sammlung für den Fonds der Lorenzkirche geschieht.

Oesterreich-Ungarn.

Proletariatsblut ist Donnerstag Abends in Wien für das Wahlrecht geflossen. Für 8 Uhr war eine Massenversammlung in den Sophienböden anberaumt worden, aber schon vor 7 Uhr war der 8000 Personen fassende Saal dicht gefüllt. Die später Anlangenden besetzten die Seitengänge und die Galerien; die Tausenden, die nach 7 Uhr kamen, bewegten sich durch die Straßen in der Nähe des Lokals. Die Versammlung selbst war stürmisch bewegt und jeder Redner wurde fortwährend von brausenden Zurufen und Entrüstungskundgebungen gegen die Regierung und das Parlament unterbrochen. Aus jedem Antlitz sprach die unverholene Empörung über die österreichische Regierungspolitik und der eiserne Entschluß, die Wahlreform durchzusetzen, koste es, was es wolle. In den Ruhepausen drangen von der Straße die Klänge der Arbeiterlieder herein. Die Stimmung der Versammlung war nach der „Leipz. Volksz.“ eine höchst erregte. Trotzdem konnte die Versammlung zu Ende geführt werden, und die Arbeitergruppen zogen geordnet, wie sie gekommen, in ihre Bezirke zurück. Auf der Ringstraße zog ein vielhundertköpfiger Trupp friedlich und ruhig, nur hier und da Lieder singend und Hoch rufend, dahin, als plötzlich berittene Polizisten die Leute umzingelten und in sie hineinritten: während die Seitengänge, durch welche die Menge ausweichen wollte, von anderen Polizisten zu Fuß abgeperrt wurden. Die Menge protestirte nun laut, Pfuirufe ertönten und schon flogen die Säbel aus den Scheiden, und ein brutales Gemel begann. Bisher sind 2 schwere Verletzungen bekannt geworden, zahllos die Leichtverwundeten, die sich natürlich nicht meldeten. Die Polizisten schlugen wie toll drein, so daß auch eine Anzahl Passanten verletzt wurden. Dagegen wurde niemand verhaftet — die Polizei will Gerichtsverhandlungen vermeiden, bei denen ihr Vorgehen zur Sprache kommen könnte. Unter diesen Vorzeichen begann heute im Parlamente die Debatte über den Dringlichkeitsantrag Bernerstorfer, nach welchem der Wahlreform-Ausschuß aufgefordert werden soll, sofort in die Berathung der vorliegenden Anträge einzugehen, und binnen vier Wochen darüber zu referiren. Bernerstorfer schilderte in seiner Begründung auch die gestrigen Scenen als Augenzeuge. Der Ministerpräsident gab wieder eine seiner „Erklärungen“ ab, daß sich die Regierung intensiv mit der Wahlreform beschäftige, die sie noch in der gegenwärtigen Legislaturperiode vorzulegen in der Lage sein werde. Außerdem richtete er eine Warnung, eine „ernste eindringliche Warnung“, wie er sagte, an die Arbeiter. „Die Organe der staatlichen Autorität werden die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht erhalten, sie werden etwa vorkommenden gesetzwidrigen Ausschreitungen mit Nachdruck entgegen treten, sie werden den ihnen obliegenden und mit Recht zu fordernden Schutz des ruhigen und friedlichen Bürgers mit Wirksamkeit ausüben. Nach ihm verlas der Minister des Innern die Polizeinote über die gestrigen Vorgänge, in welcher natürlich die Arbeiter als „das böse Karmittel“ hingestellt werden, das immer anfängt. Aber sein einziges Mitglied der drei koalirten Parteien hatte den Muth, das Wort gegen den Antrag zu ergreifen, ja sie beschloßen, nachdem ein Deutschnationaler und ein Jungezeche vor geleertem Hause für den Antrag eingetreten waren, Schluß der Debatte und stimmten, stumm dem Befehl der Regierung gehorchend, den Antrag Bernerstorfer nieder. Dieses schöne Vorgehen kann natürlich nicht dazu beitragen, die Aufregung im Volke zu mildern, und die Gewaltthaten von gestern, sowie die von der Regierung angekündigten Gewaltthaten von morgen lassen erkennen, daß wir in eine sehr ernste Periode der Wahlrechtsbewegung eingetreten sind. Die Erbitterung des Volkes ist eine unabhante, und die Koalitionsregierung spielt mit dem Feuer. Der Ausnahmezustand in Prag scheint ihr nicht zu ge-

nügen. Vielleicht hofft sie, durch einen Ausnahmezustand in Wien die Wahlrechtsbewegung zu erdrücken, nachdem sie mit ihrem Plane, dieselbe selig entschlafen zu lassen, gescheitert ist.

Eine geheime Verbindung ist wieder einmal in der böhmischen Bergwerksstadt Przibram entdeckt. Pauschungen sollen „gravirendes“ Material ergeben haben. Vielleicht haben wieder sechs- oder siebenjährige junge Leute den Staat ins Wanken gebracht???

Belgien.

Unser belgisches Völkchen „Le Peuple“ (Das Volk) schreibt zu dem Wahlergebnis: „Die bis jetzt bekannten Wahlergebnisse geben den Sozialisten eine Stimmengesamtheit, die das Stammen unserer Gegner zur Rechten und zur Linken hervorgerufen hat. Sie wurden begrüßt durch die Freundschaften des Volkes und derer unter den bürgerlichen Demokraten, die keine Furcht haben, freimüthig ihre demokratischen Ueberzeugungen und ihren Glauben an die Zukunft des Sozialismus bekennen. — Wir kennen seit lange die Hingebung der Soldaten der Arbeiterfrage. Wir wissen, daß man Wunder wirken kann in der Arbeiterpartei, wenn der Triumph der Sache Opfer erheischt. Die sozialistische Idee, der Ausdruck des Fortschritts und der Gerechtigkeit, die man erniedrigen wollte, indem man sie den Arbeitern als Utopie, den Bürgern als eine Gefahr hinstellte, sind leuchtend, fast triumphirend aus dem Kampfe hervor, den sie hat aufnehmen müssen gegen die, die noch gestern sich für ihre Vorkämpfer erklärten. Die Arbeiter haben sich nicht beirren lassen. Das Heer des Gloriums hat sich hinter der rothen Fahne geordnet unter dem Rufe: Platz den Armen!“ — Ueber das Resultat der Stichwahlen, die am gestrigen Sonntag stattfanden, liegt uns ein Bericht noch nicht vor.

Lübeck und Umgegend.

22. Oktober.

Anruf an die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Lübecks und beider Mecklenburg. In wenigen Wochen wird der Reichstag eröffnet und die Regierung wird die Tabaksteuer-Vorlage von Neuem einbringen. Durch das energische Protestheben der deutschen Tabakarbeiter wurde die Tabaksteuer im vorigen Jahre abgelehnt. Jetzt heißt es deshalb wieder: frisch ans Werk, um den Reichstagsabgeordneten zu beweisen, daß die Tabakarbeiter nicht im Stande sind, eine nochmalige Steuererhöhung zu tragen. Wenn die Lage der Tabakarbeiter noch verschlechtert wird, so stehen wir den schlesischen Webern gleich. Auf zum Kampf gegen jede Steuererhöhung des Tabaks. Nach dem Vorschlage der Berliner Kommission hat sich eine Provinzial-Kommission gebildet und ersuchen wir die Tabakarbeiter Lübecks und beider Mecklenburgs uns in unserem Vorhaben zu unterstützen. Alle Briefe und Geldsendungen sind zu richten an C. Sandgaard, Bleicherstraße 17.

Lindenalleen und Straßenbahn. Von verschiedenen Seiten wird die Befürchtung ausgesprochen, daß unsere schönen Alleen durch das Salztrennen auf der Straßenbahn im Winter dauernden Schaden erleiden könnten. Wenn wir uns recht erinnern, ist etwas Derartiges nicht zu befürchten, weil bei elektrischen Bahnen das Salztrennen überhaupt nicht nöthig ist. So wurde z. B. seiner Zeit aus Halle berichtet, daß die elektrische Straßenbahn den Schnee selbstständig vom Geseise entfernt. Wenn nun die „L. A.“ dem gegenüber bemerken, daß in Bremen die Bäume unter der Salzfäureentwicklung stark gelitten haben, so ist uns zunächst unbekannt, ob es in Bremen eine elektrische Bahn giebt. Im umgekehrten Falle schließen wir uns natürlich dem an, daß die Straßenbahnverwaltung auf unsere herrlichen Alleen so viel als möglich Rücksicht nimmt. (Anm. d. Setzers: So weit mir erinnerlich, fährt die elektrische Bahn in Bremen nirgends so nahe an den Allee-Bäumen wie hier, sondern z. B. wie auf der längsten Strecke der Stadt, nach Horn, stets in der Mitte der Chaussee. Vielleicht ist in den „L. A.“ Hannover statt Bremen gemeint, wo die Sache ähnlich wie hier liegt.)

Eintragung in das Handelsregister. Am 20. Oktbr. 1894 ist eingetragen: auf Blatt 1796 die Firma: A. F. H. Fick. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Adolph Johann Heinrich Fick, Kaufmann in Lübeck.

Stadttheater. Die phantastische Oper „Hänsel und Gretel“ wurde gestern Abend bei äußerst gutbesetzten Hause gegeben und errang sich einen glänzenden Erfolg. Wir werden Morgen über die Aufführung ein längeres Referat bringen. Zugleich theilen wir mit, daß die Oper schon Morgen wiederholt wird. Der Besuch derselben verlohnt sich.

Eine überaus gefährliche Reise hatte, wie die „E.-Z.“ mittheilt, der hiesige Dampfer „Etta“, Kapit. Pterstorff, welcher Freitag Abend im hiesigen Hafen ankam, durchzumachen. Der Dampfer, welcher vor einigen Tagen schwer beladen, mit einer Ladung Bretter von Windau auslief, betam nach Verlauf einiger Stunden Schlagseite und legte sich nach der Backbordseite über. Nachdem unter großen Anstrengungen der gesamten Mannschaft, der Dampfer einigermaßen wieder in die richtige Lage gebracht war, legte sich der Dampfer nach kurzer Zeit aufs Neue, jedenfalls in Folge der hohen Decksladung und des Verwerbens der Kohlenbunker nach der Steuerbordseite, aber gleich so tief, daß das Wasser auf dieser Seite bis an die Großlute spülte. In dieser gefährlichen Lage des Schiffes ging die Reise bis nach hier weiter. Zum Glück war die See nicht lebhaft, sonst hätte die Reise vielleicht ein sehr schlimmes Ende nehmen können. Auch der vor einigen Tagen von Rostock mit einer Ladung Bretter angekommene Dampfer „Zmatra“, Kapit. Schöning, hatte eine sehr schwere Reise. Während des weitesten größten Theils der Reise, hauptsächlich zwischen Gotland und Arcona, hatte der Dampfer mit schweren Nordostwinden zu kämpfen und gewaltige Wellen brachen über das Schiff. Da nun Kapit. Schöning befürchtete, einen Theil der Decksladung über-

Werb werfen zu müssen, um den Dampfer flott halten zu können, wurde der sog. Wellendämpfer in Thätigkeit gesetzt. Nach kurzer Zeit konnte man nun die wunderbare Wirkung des Dämpfers wahrnehmen. Die Kraft der Wellen wurde durch das austropfende Del thätlich gebrochen und nur noch einige kleine Spritzwellen kamen auf Deck des Dampfers.

Der Vorstand des allgemeinen Vereins der Töpfer, Filiale Lübeck, ersucht uns um Aufnahme der folgenden Zeilen: „Bekanntlich ließ sich vor kurzem der Kassierer eines hiesigen Vergnügungsvereins, ein Töpfer, einsperren, weil er in den letzten Jahren ca. 2000 Mark, nach seiner Angabe, unterschlagen hat. Um nun allen Gerüchten die Spitze abzubrechen, theilen wir mit, daß der Inhaftirte der Gewerkschaft der Töpfer nicht angehört hat. Im Gegentheil, er war Mitglied eines Militärvereins und anderer „patriotischer“ Vereine. Dergleichen arbeitete er auch mehr selbständig.“ — Soweit das Eingefandte. Wie man uns weiter mittheilt, trieb der Inhaftirte allerhand Sport. So mußte er trotz seiner finanziellen Lage die Segelregatta in Travemünde mitmachen; jedenfalls weil es ohne ihm sonst nicht ging. Während des Boykotts der Walkmühle dagegen gehörte er zu denen, die am meisten gegen den Boykott setzten. Auch wird uns ferner von geschätzter Seite noch mitgetheilt, daß Krankheit seiner Frau zur Unterschlagung nicht beigetragen haben kann. Es gehörte vielmehr zu den Ungelegenheiten des Defraudanten, mit dem Gelde zu prahlen. Traurige Familienzustände können unbedingt nicht die Ursache der Unterschlagung gewesen sein. Der Inhaftirte scheint aber zur Gattung der Leute zu gehören, die der Sozialdemokratie vorwerfen: sie wolle „theilen“, während sie selbst das ihnen von fremder Hand anvertraute Gut einer Theilung unterziehen.

Ein großer Feuerschein wurde gestern Abend gegen 7 Uhr in der Richtung Fischerbuden-Grönuan bemerkt. Von der Blücherstraße aus waren die aufstrebenden Flammen sehr gut zu sehen. Wo es und was gebrannt hat, entzieht sich vorläufig noch unserer Kenntniß.

Unglücksfall. Dem Kutscher Haase, welcher auf der Schiefenberger Mühle bedienstet ist, stieß am Freitag Abend ein bedauerenswerther Unglücksfall zu. Als Haase vor seinem Fuhrwerke stehend, die Deichsel derselben gerade richten wollte, zogen die Pferde an und wurde ihm die Deichsel in den Unterleib gestoßen. H. wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhause gebracht.

Der Logischwindel scheint auch bei uns in Lübeck immer mehr einzureißen. So logirte bei Fr. Stolzenburg, Hartengrube 32, ein Mann drei Nächte lang, welcher vorgab, Obst- und Gemüsehändler zu sein. Der Mann mochte ungefähr 20 Jahre alt sein. Nach seinen Angaben wollte er aus Lübeck stammen und Schomann heißen. Allem Anschein nach, ist dieser Mann identisch mit einem sich Schiemann nennenden. Jede Woche scheint derselbe ein neues Logis zu beziehen. Bei dem einen hat er keinen Platz, bei dem anderen seine Sachen; und als Herr Stolzenburg ihn anhält, seine Sachen zu bringen oder vorher zu bezahlen, ist der Unbekannte natürlich verduftet. Es sei deshalb Jeder vor dieser Person gewarnt.

Stadelsdorf. Dem Genossen Fessel, welcher in diesem Sommer das Unglück hatte, ein Bein zu brechen, hat das Schicksal einen schweren Schlag versetzt. Während er selbst noch an den Folgen dieses Unfalles darniederliegt, wurde am Sonnabend seine Frau, weil sie an Gemüthskrankheit leidet, auf Anordnung des Gemeindevorstandes in das hiesige Irrenhaus überführt. Daß die Verhältnisse bei ihm unter solchen Umständen nicht allzu rosig sind, läßt sich wohl leicht ermessen.

Reinfeld. Drei Einbruchsdiebstähle wurden hier selbst Freitag Nacht verübt. Bei dem Kaufmann Möller in Neuhof drückten die Spitzhüben ein Fenster der Wagenremise ein, drangen in das Gebäude ein und entwendeten hier mehrere Werkzeuge, ein Stemm- und Brecheisen, Knickmesser 2c. Mittels dieser Werkzeuge verschafften sie sich dann Eingang in die Wohnräume, wo sie einen Sekretär und eine Komode erbrachen, dieselben durchwühlten und sich verschiedene Gegenstände, wie Schlüssel, Denkmünzen, Pfeifen 2c., aneigneten. Von dort begaben sich die Diebe nach dem Flecken und brachen daselbst bei dem Kaufmann Bandholz ein, wo sie durch das Fenster auf den Boden stiegen und einen Revolver, eine doppelläufige Pistole, Patronen, Pulver, Strümpfe, Taschentücher 2c. entwendeten. Darauf drangen sie in den Laden ein, erbrachen die drei Kassen und eigneten sich das in denselben befindliche Wechselgeld im Betrage von ungefähr 10 Mk. an. (S. F.)

Güstrow. Am Dienstag hatten die Ausständigen den ersten Renegaten zu verzeichnen. Es ist dies ein junger, unverheiratheter Dreher Namens Haupt. Als Grund für sein unschönes Verhalten gab er an, daß ihm die Unterstützung seitens des Streit-Komitees versagt worden sei. Das entspricht jedoch nicht der Wahrheit. Haupt, der vor etwa 5 Wochen von hier abreiste, kam am Montag v. B. wieder zurück und fragte beim Streit-Komitee an, ob er wieder als Streikender angesehen und als solcher unterstützt werden würde. Ihm wurde geantwortet, daß die Angelegenheit den Ausständigen zur Beschlußfassung unterbreitet werden sollte. Dies war am Vormittag; am Nachmittag ging der Herr an die erbettelte Arbeit und errang sich damit den Ruhm, der erste Streikbrecher von 125 Ausständigen geworden zu sein. Bei dieser Gelegenheit wollten wir gleich die auch bei unserem Philisterium seit einiger Zeit sehr beliebt gewordene Legende von dem Mangel an Mitteln zur Unterstützung der Streikenden zerstoren, insbesondere diene dem „Hamb. Correspondent“ und dessen

Nachbessern betr. der Terminiade über die erlogene Brand-
schädigung der Güstrower Bürgererschaft durch die Aus-
ständigen zur Nachricht, daß die Streikenden bisher immer
mit genügenden Geldmitteln versehen waren und es auch
in Zukunft sein werden, bis ihrem Eintritt in das alte
Arbeitsverhältnis nichts mehr im Wege steht oder bis
Alle anderweitig untergebracht sind.

Neueste Nachrichten.

Brüssel. Der Generalrath der Arbeiterpartei beschloß
in einer zur Besprechung der Lage einberufenen Sitzung,
den sozialistischen Wählern zu empfehlen in der Stichwahl
am Sonntag für die Liste der vereinigten Liberalen zu
stimmen, wobei es dem Ermessen der Einzelnen überlassen
bleiben kann, für die vollständige Liste zu stimmen oder
die Gemäßigten auszunehmen. Jedenfalls müsse verhindert
werden, daß die Katholiken gewählt würden.

Vermischtes.

Nicht weit gekommen. Der seit Anfang voriger
Woche plötzlich verschwundene Gemeindevorstand Hauffe
aus Tragan bei Dresden ist in Libau verhaftet worden.
Die gleichzeitig mit ihm verschwundene „Dame“, eine
Franz Beck, wurde bald darauf in einem Göttinger Hotel
ermittelt und ebenfalls in Haft genommen. Bei ihr fand
die Polizei einen sechsälstigen Revolver und 1300 Mk.
bares Geld vor. Das Pärchen ist nunmehr unter
polizeilicher Bedeckung nach Dresden gebracht worden.

Wurzen. Der Preußenfresser Dr. Sigl in München
hatte in seinem „Vaterland“ unsere Stadt Wurzen nach
Preußen verlegt; auf den Fehler aufmerksam gemacht,
gibt er folgende Berichtigung: „Dank! Lassen wir also
die berühmte Seestadt Wurzen den Sachsen, die Preußen
holen sich's schon einmal!“

Wer begnadigt wird. Commaßsch. Dem Armenhaus-
aufseher Bachmann von hier, welcher seiner Zeit in Ge-
meinschaft mit dem hiesigen Bürgermeister Dr. Zahn
wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt, begangen durch die
körperliche Züchtigung einer 64-jährigen Armenhausesterin,
zu einer Geldstrafe verurtheilt wurde, ist die ihm vom
Landgericht Dresden zuerkannte Strafe auf mehrfache
Bittgesuche hin im Gnadenwege erlassen worden.

Briefkasten.

Schriftliche und mündliche Auskunft auf Anfragen wird nur
Denjenigen, die sich als Abonnenten ausweisen können, erteilt.
Sprechzeit der Redaktion ist nur von 12-1 1/2 Uhr Mittags.
Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

N. N. Unter Umständen wird die Pflanze als Zuchtstier benutzt.
Besonders der Ziegenbock und -Hammel.
S. S. Wir haben diese Frage schon wiederholt beantwortet.
Folgende Sachen sind der Pfändung nicht unterworfen: 1) Betten,
Klebungssätze, Haus- und Küchengerät, insbesondere die Heiz-
und Kochöfen, soweit diese Gegenstände für den Schulbner, dessen
Familie und Gefinde unentbehrlich sind; 2) die für den Schulbner,
seine Familie und sein Gefinde auf zwei Wochen erforderlichen
Nahrungs- und Feuerungsmittel; 3) eine Milchkuh oder nach
Wahl des Schulbners statt einer solchen zwei Ziegen oder zwei
Schafe nebst dem zum Unterhalt und zur Sireu für dieselben auf

zwei Wochen erforderlichen Futter und Stroh, sofern die be-
neten Thiere für die Ernährung des Schulbners, seiner Fa-
milie und seines Gefindes unentbehrlich sind. — Die anderer: der Pfän-
dung nicht unterworfenen Sachen dürfen für Sie kein Inter-
esse haben. Des Weiteren ist für Sie über die Sache in Betracht zu zie-
hen. „Gütergemeinschaft“ gilt.

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde

Angelommen:	
Sonntag, den 21. Oktober.	
5, —	U. B. Ultimus, Carlson, von Bergquara in 6 Tg.
6,20	U. B. D. J. P. Dillberg, Berg, von Kopenhagen in 13 Tg.
8,50	U. B. Franz Gottfried, von Wala in 7 Tg.
11,30	U. B. Clara, Behrson, von Hundsköval in 4 Tg.
12,40	U. B. Elna, Stralsund, von Naumo in 5 1/2 Tg.
1, —	U. B. Primo, Peterson, von Lattrid in 5 Tg.
Montag, den 22. Oktober.	
7,15	U. B. D. Wiborg, Kackeb, von Wiborg in 84 Std.
7,45	U. B. D. Christov, Heanz, von Newcastle in 4 1/2 Tg.
9,20	U. B. D. Dopheus, Weise, von Königsberg in 47 Std.
Abgegangen:	
Sonntag, den 21. Oktober.	
6,45	U. B. D. Anatra, Schöning, nach Wiborg.
7,40	U. B. D. Dernen, Holm, nach Nyfied.
8,50	U. B. Anna Christine, Hagelstein, nach Neustadt.
8,50	U. B. D. Behr Wrahe, Bergman, nach Abo.
10,40	U. B. D. Storfurken, Winger, nach Helsingfors.
10,40	U. B. D. Stadt Albed, Krause, nach Memel.
12, —	U. B. D. Christlan IX., Christensen, nach Holbäck.
12,15	U. B. D. Anora, Schöning, nach Neustadt.
4, —	U. B. D. Stralsburg, Finke, nach Petersburg.
5,10	U. B. D. Luba, Lomer, nach Königsberg.
6, —	U. B. D. Kewa, Krellenberg, nach Petersburg.
6, —	U. B. D. Halland, Peterson, nach Kopenhagen.
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 5,50 W., Sturm.	

Für den Inhalt der Inserate übernimmt
die Redaktion dem Publikum gegenüber
durchaus keine Verantwortung.

Geschäfts-Anzeigen.

Gegen Husten und Heiserkeit
Lakritzen, Salmiak-, Sodener und Emser
Pastillen, Malz-, Zwiebel- u. Stollwerk'sche
Bonbons in bester Waare bei
Ferd. Kayser, Farb. u. Drogen, Breitestr. 81.

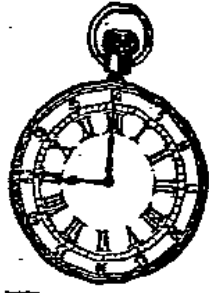
Geschäfts-Gründung.

Hiermit mache ich einem verehrlichen Publikum
die Mittheilung, daß ich mit dem heutigen Tage
eine Herings- u. Fettwarenhandlung
in der Ditteren Querstraße 13 eröffnet habe
und halte ich mich mit allen in diese Branche
gehörigen Waaren in tabelloser Qualität bestens
empfohlen.
J. H. Klentz.

Keine
Concurrenz
überhaupt
meine frisch gebrannten
Caffee's p. Pfd. zu 1,40
und 1,50 Mk.
in trügigem Aroma und Geschmack.
Rud. Kracht
Stäbeburger Allee
40.

Achtung!

H. Bratensthalz, per Pfd. 60 Pf.,
feinsten Honig, per Pfd. 60 Pf.,
Landspek, per Pfd. 90 Pf.,
echte Landwurst, per Pfd. 1,10 Mk.,
eingem. Kronsbeeren, p. Pfd. 40 Pf.,
Salzgurken, 5 und 10 Pf.,
Fleisch, sowie sämmtliche
Brennmaterialien
und alle Colonial- und Fettwaren.
Ergebenst
F. Reher, Paulstr. 11a.



Uhren reinigen. 1,50,
Federn einsetzen. 1,50,
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
76 Glodengießstraße 76.

H. Wiese, Maler,
Sohannist. 63, empfiehlt sich zu allen in
seinem Fach vorkommenden Arbeiten.

Hochfeine Meiereibutter
per Pfd. 1,15 Mk.,
frische Eier
empfohlen
Heinr. Eulert.

Pa. Magnum bonum-Kartoffel
Sack = 200 Pfd. Mk. 5,80
empfohlen

August Jensen,
Hartengrube 21.

Fertige Betten
Bettfedern und Dauen in allen Preislagen
Bettstellen und Matratzen
— auch auf Abzahlung billigt, — per comptant mit 4 Prozent Rabatt. —
Bettenfabrik **S. Lissauer**, Dankwertsgrube 21.
Durch Ersparung hoher Geschäftskosten billiger als die Concurrenz!

Stoffers Gasthof

Depenan 27 Lübeck Depenan 27.
Mein in allen Theilen neu durchgebautes und decorirtes mit neuen Betten und
Mobilien versehenes
Gast- und Logirhaus
bringe ich hiermit in empfehlende Erinnerung.
Club-Zimmer für Vereine.
Logis und Mittagessen für junge Leute.
Aufmerksame Bedienung bei billigsten Preisen zusichernd, bitte um gütige Unterstützung.
F. Stoffers.

Im Verlage von **J. H. W. Dietz** in Stuttgart erscheint:
Geschichte des Socialismus
in Einzel-Darstellungen.
Der erste Band:
Die Vorläufer des neueren Socialismus
redigirt von
E. Bernstein und K. Kautsky
ist in Heften à 20 Pf. durch uns zu beziehen. — Alle 14 Tage erscheint
ein Heft.
Die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“.

1 Parthie echten
Limburger Käse
sehr pikant und abgelagert,
empfohlen billig
Ad. Danielsen, Noislinger Allee 2 a.

Gute gelblichende
Magnum bonum
empfohlen
F. Behrens, Marlesgrube 35.

Feine französische, **Magnum bonum**-
u. Dabersche Esstarkoffeln empfohlen billigst
Fr. Kieckbusch, Krähnenstraße 12.

Billig zu verkaufen ein noch gut erhaltener
Kinderwagen.
Meierstraße 6 a.

Vermischtes.
Die Lederhandlung von **Friedr.**
Dührkop befindet sich jetzt
Fischstraße 18.

Von einem Genossen auf dem
Balle der Schneider in Travemünde
3 Mk. für den Preßfonds erhalten.
Die Preßkommission.

Zu vermieten eine Wohnung zu 150 Mk.
Schwarztauer Allee 131 a.

Zu vermieten ein Parterre-Zimmer an
einen jungen Mann.
Meierstraße 7.

Zu vermieten die erste und zweite Etage
(Straßenseite) zum 1. Januar.
Marlesgrube 29.

Zu vermieten eine feidl. Wohnung
zu 130 Mk.; daselbst ein gutes Logis.
Hartengrube 32, pari.

Zu vermieten ein möblirtes Zimmer.
Alteide 15.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeigen.

Kranken-Unterstützungsbund
der Schneider.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 23. d. M.,
Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Lecke, Lederstraße 3.
L.-D.: 1. Abrechnung der Ortsverwaltung vom
3. Quartal. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung
für das Jahr 1895. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist er-
forderlich.
Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiter-Verband

Versammlung

am 24. Oktober 1894
im Lokale F. Lecke, Lederstraße 3.
Tages-Ordnung:
1. Ringe, Trübs und Kartelle.
2. Fragelasten.
3. Verschiedenes. Die Lokalverwaltung.

Gesang-Verein „Vorwärts“

Socialer Abend

am Sonntag den 28. Oktober
im Lokale des Herrn Frahm,
Concordia-Garten.
Anfang 5 Uhr. Das Fest-Comitee.

Verschiessen

von fetten Gänsen und Rauchfleisch
am Mittwoch den 24. Oktober
im Lokale H. Fick, Marlesgrube 39
Beginn des Schießens Morgens 10 Uhr.
Einsatz 50 Pfg., wofür drei Schüsse.
Ergebnis H. F. & C. Sch.

Stadttheater in Lübeck.

Dienstag den 23. Oktober
23. Abonnements-Vorstellung. 5. Serie: Welt.
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.

Neuheit! Zum 2. Male: Neuheit!

Hänsel und Gretel.

(Großer Erfolg.)
Mittwoch: **Hedermans**. (24. Abonnem.-Vorst.)

Jahrplan der Eisenbahn-Züge.

Gültig vom 1. October 1894.

Lübeck—Hamburg.	
Von Lübeck:	6,56. 8,15. (10,20 von Ahrensburg) 10,45. 1,05. 4,00. 6,57. 7,55. (9,40 von Ahrensburg) 9,15. 10,30.
Von Hamburg:	7,30. 8,45. (9,20 nur bis Ahrensburg) 10,25. (12,05 nur bis Odesloe) 1,45. 3,40. 5,40. 6,33. (8,45 nur bis Ahrensburg) 9,45. 11,20.
Von Odesloe nach Lübeck:	8,35. 9,30. 11,27. 2,48. 4,28. 6,36. 7,39. 10,51. 12,09.
Lübeck—Büchen.	
Von Lübeck:	8,24. 10,47. 1,32. 4,27. 8,27.
Von Büchen:	6,36. 8,54. 12,30. 3,00. 7,06. 9,55.
Von Radeburg nach Lübeck:	7,09. 9,55. 1,04. 3,51. 7,43. 10,30.
Von Mölln nach Lübeck:	6,57. 9,34. 12,53. 3,33. 7,31. 10,17.
Lübeck—Travemünde.	
Von Lübeck:	7,55. 10,40. 2,00. 5,00. 8,30.
Von Travemünde:	6,20. 9,03. 12,00. 3,05. 6,55.
Lübeck—Cutin.	
Von Lübeck:	7,40. 10,02. 2,45. 6,00. 9,00.
Von Cutin:	6,00. 9,07. 12,05. 4,15. 7,27.
Ahrensboed.—Gieschendorf.	
Von Ahrensboed:	7,40. 8,55. 10,10. 2,50. 4,05. 7,15. 9,00.
Von Gieschendorf:	8,20. 9,35. 11,00. 3,35. 6,45. 8,00. 9,50.
Mecklenburgische Friedrich-Franz-Bahn.	
Von Lübeck nach Kleinen:	7,38. 10,05. 12,15. 5,15. 8,30.
Von Kleinen nach Lübeck:	8,57. 11,12. 2,02. 6,44. 11,00.
Von Schwerin nach Kleinen:	8,30. 10,48. 1,25. 6,18. 10,30.
Von Wismar nach Kleinen:	8,28. 10,40. 1,30. 6,18. 9,30.

Arbeitslos und Arbeitslos.

Arbeitslos!
Welch' ein wunderjähres Loos!
Trübsal, Sorgen und Kummer,
Importierte, Rheinwein, Sekt,
Gold und Zahn von Elephanten,
Jobbepelz und Diamanten.
Wohnung: Villa, Bel-Étage,
Dienstschaff und Equipage,
Tagen, Eislauf, Schlittenfahrten,
Reiten, Willard, Wäffel, Karten,
Ball, Theater, Soireen,
Vallerinen wie die Fee'n.
Leicht befrachten alle Damen,
Schlafen süß auf Eiderdunen,
Morgens neu gepulvert sich spüren,
Wieder sich zu amüfieren.
Sommers, Winters, Tag und Nacht
Wechselreich das Leben laßt.
Frei, wie lebt es sich famos:
Arbeitslos!

Arbeitslos!
Welch' ein furchterliches Loos!
Hunger wühlt in den Gedärmen,
Keinen Ofen, sich zu wärmen,
Kleidung düstlich und zerföhren,
Sanzwert brüchig und zerföhren.
Ebdacklos, nicht eine Mauer,
Tag und Nacht nur Elend, Jammer.
Nicht ein Bündel Stroh zum Lager,
Körper krank und flech und hager.
Selbst der Schlaf den Trost verliert,
Wenn im Leib der Hunger nagt.
Weib und Kinder, Hölleweib!
Keine Stunde Sonnenschein.
Schwarz die Zukunft, hoffnungslos:
Arbeitslos!

Für Frauenfrage.

Die Pariser juristische Fakultät veranlaßte vor einigen Jahren eine internationale Preiskonkurrenz über das Thema: „Die Stellung der Frau vor dem Gesetz.“ Herr Ostrogorski erhielt den ersten Preis. Sein in mehreren Sprachen erschienenen Werk behandelt die öffentliche Stellung der Frau in allen zivilisierten Ländern. Den Inhalt hat er in folgende Abschnitte eingeteilt: 1) Individuelle Souveränität. 2) Kollektive Souveränität. 3) Lokale Selbstverwaltung. 4) Öffentliche Ämter. 5) Persönliche staatliche Rechte. Jeder Abschnitt beginnt mit einer Uebersicht über die geschichtliche Entwicklung der Stellung des weiblichen Geschlechts. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß in den Vereinigten Staaten und in England die soziale Emanzipation der Frau zwar noch nicht vollendet, aber, unterstützt durch die Gesetzgeber, ihrer Vollendung entgegengehe.

Die Frauen Frankreichs haben kürzlich einen werthvollen Erfolg errungen: das Stimmrecht für die Gewerbegerichts-Wahlen ist ihnen verliehen worden. Maria Desraignes, die unermüdete Leiterin der französischen Frauenbewegung, konnte noch wenige Tage vor ihrem Tode an der Freude über diesen Sieg theilnehmen. Genau vor 11 Jahren, im Jahre 1883, war das Gesetz zum ersten Mal in der Kammer zur Verlesung gekommen. Jahrelang bemühte sich Maria Desraignes eine Petition um Zulassung der Frauen zu den Gewerbegerichtswahlen zu veranlassen. So hatte sie 17 000 Briefe an weibliche

Geschäftsinhaber versandt, um sie zur Mitarbeit aufzufordern, und nur zwei Antworten darauf bekommen. Trotzdem gelang es ihrer Agitation, ihren aufklärenden Schriften und Reden, die Unvernunft der Frauen und den Widerstand der Männer zu brechen, ehe ihre Kraft erlöschte.

Für das politische Stimmrecht der Frauen wird in Kansas lebhaft agitirt, wie das Bostoner „Womans Journal“ meldet. Bisher besaßen die Frauen in Kansas nur das Stimmrecht für Kommunal-Wahlen, Schulaufsichtsräthe und Armenräthe. Die Partei der Populisten (Volkspartei) und die Republikaner stehen fest geschlossen für die Forderung der Frauen ein. Die Einzigen, welche gegen sie agitiren, sind ein Theil der Demokraten und die deutsche Liga.

In der hochkonservativen Stadt Dublin hat die Sache der Frauen einen Sieg errungen. Miss E. Winifred Dixon, eine junge, sehr begabte Ärztin, ist, wie das von Lady Henry Somerset herausgegebene „Womans Signal“ meldet, für das gynäkologische Fach der drei Hospitäler Richmond, Withworth und Hardwicke angestellt worden. Es sind dies die staatlichen Krankenhäuser Dublins, die als solche großes Ansehen haben.

Lady Henry Somerset's „Womans Signal“, eines der besten Frauenblätter, berichtet einen interessanten Ausspruch des englischen Arbeiterführers über weibliche Fabrikinspektoren. Es brauche kaum betont zu werden, daß die müthigsten Vorkämpfer irgend einer Reform stets diejenigen sind, welche in eigener Person unter den Mißständen, die sie abzuschaffen trachteten, gelitten haben. Die Sympathie einer Dame mit den Arbeiterinnen sei gut, die technischen Kenntnisse eines männlichen Fabrikinspektors seien besser, doch für praktische Thätigkeit sei die persönliche Erfahrung das Beste. Daher tritt Keir Hardie mit Entschiedenheit dafür ein, daß die weiblichen Fabrikinspektoren aus den Reihen der Arbeiterinnen selbst gewählt werden, wie es in England auch schon vielfach geschehen ist.

Lady Henry Somerset tritt in ihrer Wochenschrift „Womans Signal“ dafür ein, daß für die Ladenmädchen, welche 10 und 12 Stunden stehend im Laden zubringen müssen, Sitze beschafft werden. Eine neue Erfindung wird beschrieben, welche in einem Sitz besteht, der durch den Druck einer Feder unter den Ladentisch geschwemmt werden kann, sobald Käufer zu bedienen sind, und der ebenso schnell herausgezogen wird. Jeder Arzt weiß, daß zahlreiche schwere Erkrankungen der Mädchen auf das lange Stehen zurückzuführen sind.

Der badische Fabrikinspektor Dr. Wörrißhofer zeichnet sich durch seine einsichtsvolle Beurtheilung der Lage der Arbeiter aus. Seine Inspektionen beschränken sich nicht auf Kesselrevisionen und dergleichen, er wendet vollstes Interesse den persönlichen Verhältnissen der Arbeiter zu. Sein letzter Bericht enthält werthvolle Angaben über die weiblichen Fabrikarbeiter Badens. In sämtlichen unter Aufsicht stehenden Betrieben sind 33 Prozent der Arbeiter Frauen, die Hausindustrie ist in dieser Zahl nicht mit begriffen. Die Zahl der verheiratheten Arbeiterinnen hat gegen das Vorjahr um 3,03 Prozent zugenommen, während die Zahl der Arbeiterinnen unter 16 Jahren in Folge der neuen Fabrikgesetzgebung abgenommen hat. Dr. Wörrißhofer

belegt in seinem Bericht die mangelhafte Beobachtung der Gesetzesvorschriften seitens der Fabrikanten. So hat er mehrfach wahrgenommen, daß Arbeiterinnen zur Nachtzeit und über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus beschäftigt werden, ohne daß die Erlaubniß dazu nachgesucht worden war. Sehr häufig mußten die Arbeiterinnen die Maschinen oder den Arbeitsraum reinigen, ohne daß ihnen dies als Arbeit angerechnet wurde. In Mittel- und Kleinbetrieben, die sich gegenüber den Großbetrieben nur schwer über Wasser halten, kommen die meisten Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen vor. In einer Zigarettenfabrik schwankt der Verdienst der Arbeiterin bei einer 11stündigen Arbeitszeit zwischen 8 und 9 Mark die Woche. 16- und 16jährige Tagelöhnerinnen verdienen bei gleicher Arbeitszeit wöchentlich 3 Mark.

Die königliche Arbeitskommission, welche im Jahre 1891 von der englischen Regierung eingesetzt wurde, beschäftigte zum Zweck der Untersuchung der Frauenarbeit in England vier Frauen. Der Bericht dieser Frauenkommission liegt in einem Foliobande von 352 Seiten jetzt vor. Während z. B. dreizehn männliche Mitglieder der Kommission mit der Untersuchung der ländlichen Arbeiterverhältnisse beauftragt waren, hatten diese vier Frauen den Auftrag, das ganze Gebiet der Frauenarbeit in allen Industrien zu untersuchen. Die Forderung an sich erscheint als kaum erfüllbar; trotzdem haben die Frauen ein enormes Material zusammengetragen, das einen Uebersicht über die Lage der englischen Arbeiterinnen möglich macht. Miss Drake lieferte einen gründlichen Bericht über die Kellnerinnen Englands; Miss Collet gab übersichtliche Tabellen über die Lohnerhältnisse der Fabrikarbeiterinnen; Miss Irwin hat die Lage der Arbeiterinnen Schottlands dargestellt, und Miss Abraham, eine der tüchtigsten Fabrikinspektorinnen Englands, untersuchte die sanitären Zustände in den gesundheitschädlichen Gewerben und die Schutzmaßregeln in Fabriken mit großem Maschinenbetrieb.

(„Correspondenz für die Frauenbewegung.“)

Ueber die Lage der Knopffabrikation

schreibt ein Knopfarbeiter in der „Elb. Fr. Presse: „In einer traurigen Lage in Barmen befinden sich die Arbeiter in der Knopfabrikation. Während der ganzen dauernden Krise schon hungern sich die Familien der Knopfarbeiter durch und harren und hoffen auf „bessere Zeiten“.

Tritt nun diese „bessere Zeit“ ein, die immer noch einige Wochen auf sich warten lassen dürfte, dann tritt die kapitalistische Produktionsweise in ihrer ganzen niederträchtigen Glorie in die Erscheinung; die Stille in den Fabriken schwindet, es geht Hals und Kopf, es wird Tag und Nacht gearbeitet, um — den Fabrikanten die flauere Zeit so bald wie möglich vergessen zu machen. Ob der Arbeiter in den Stand gesetzt ist, in dieser „besseren Zeit“ die Schulden, die er im Laufe der Krise gemacht, zu tilgen, ob er fähig ist, seine Kräfte, die durch die erbärmliche Lebensweise zerrüttet worden, für den Profit des Fabrikanten aufs äußerste anzustrengen, danach fragen im Zeitalter der Sozialreform nur die Arbeiter, die aber mangels einer starken gewerkschaftlichen Organisation nicht helfen können. Sobald die Unternehmer den Beginn der „Saison“ wittern, beginnen die Abzüge, und der Arbeiter,

Oliver Twist.

Sozialer Roman von Charles Dickens.

(26. Fortsetzung.)

24. Kapitel.

Worin die Erzählung wieder zu Fagin und Consorten zurückkehrt.

Während das Erzählte im Arbeitshause vorging, kauerte Fagin brütend an einem matten, rauchigen Feuer in seiner alten Hölle — derselben, aus welcher Oliver von Nancy entfernt worden war. An einem Tische hinter ihm saßen der gepfefferte Baldoberer, Charley Bates und Tom Chitling bei einer Partie Whist. Der Baldoberer spielte mit dem Strohhanne, und gewann fortwährend, die Karten mochten fallen wie sie wollten. Chitling zahlte, sprach seine Verwunderung über Dawkins stets glückliches Spiel aus, und erklärte, daß nicht gegen ihn „anzukommen“ sei. Charley Bates lachte ausgelassen, und Fagin blickte auf und bemerkte, Tom müsse sehr früh aufstehen, um gegen den Baldoberer zu gewinnen.

„Ja, Du mußt früh aufstehen, wenn Du das willst, Tom,“ fiel Charley ein, „und obenein die Stiefel über Nacht anbehalten und 'ne dreifache Brille aufsetzen.“

Dawkins hörte die ihm gezeigten Lobspprüche mit philosophischem Gleichmüthe an, und zeichnete sinnig den Grundriß vom Newgategefängniß mit Kreide auf den Tisch.

„Du bist grausam langweilig, Tom,“ sagte der Baldoberer nach einer Pause von mehreren Minuten. „Woran sollte er wohl denken, Fagin?“

„Wie kann ich's wissen?“ antwortete der Jude. „Vielleicht an seinen Verlust oder seinen angenehmen Aufenthalt auf dem Lande, woher er gekommen ist erst so eben Da, ha, ha! Ist's das?“

„Falsch gerathen,“ fuhr der Baldoberer fort. „Was meinst Du, Charley?“

„Nun, ich meine, daß er zuckerföh gegen Betsy war. Schau, wie roth er wird! 'S ist zum Todtachen — Tommy verliebt! O Fagin, Fagin, welch' ein Hauptpaß!“

„Daß ihn zufrieden,“ sagte der Jude, Dawkins einen Wink gebend, und Bates einen mißbilligenden Stoß mit dem Lafebalge, den er in der Hand hielt, versetzend. „Betsy ist 'ne schmutze Dirne. Mach' Dich immerhin an sie, Tom; mach' Dich immerhin an sie 'ran.“

„Fagin,“ nahm Chitling zornig das Wort, „das geht hier Niemand was an.“

„D'nein,“ erwiderte der Jude. „Daß Charley doch schwachen und lachen; er läßt's einmal nicht. Betsy ist 'ne artige Dirne. Thu', was sie Dir heißt, Tom, und Du wirst machen Dein Glück.“

„Ich thue, was sie mir heißt,“ fuhr Tom fort, „und wäre nicht in die Tretmühle gesteckt worden, hätt' ich ihren Rath noch nicht befolgt. Ihr habt aber am Ende 'nen guten Rebbes dabei gemacht — nicht wahr, Fagin? Und was wollen sechs Wochen sagen? Es kommt doch einmal, früher oder später, und im Winter ist's just am besten, wenn Einem nicht daran gelegen ist, so oft auszugehen — he, Fagin?“

„Sehr richtig, mein Lieber,“ versetzte der Jude.

„Es würd' Dir gewiß gleich viel sein, Tom, noch einmal in die Mühle zu kommen,“ fiel der Baldoberer, Fagin und Bates zublinzelnd, ein, „wenn nur Alles mit Betsy in Richtigkeit wäre.“

„Ja, das würd's — seht!“ erwiderte Tom noch erzürnter, „und ich möchste doch wissen, wer mir's nachthäte, Fagin?“

„Das fällt ein keiner Seele,“ antwortete Fagin. „Ich weiß Keinen außer Dir, der's würde thun.“

„Ich hätte ganz davon kommen können, hätt' ich modern wollen — he, Fagin?“ fuhr der halb blödsinnige Petrogene immer zorniger werdend fort. „Ich hätte nur ein einziges Wort zu sagen brauchen, nicht wahr, Fagin? Ich schwachte aber nicht — und was ist denn nun dabei zu lachen?“

Fagin eilte, ihm zu versichern, daß Niemand lache, nicht einmal Charley Bates, der jedoch, als er den Mund öffnete, um auch seinerseits zu erklären, daß Alle ohne Ausnahme äußerst ernsthaft gestimmt wären, in ein unbezähmbares Gelächter ausbrach. Tom Chitling sprang wüthend auf, um dem Frechen einen Schlag zu verfehen, allein Charley bückte sich gewandt, und der Schlag traf den munteren alten Herrn dermaßen vor die Brust, daß derselbe gegen die Wand taumelte und daß ihm der Athem verging.

„Still! ich hab' Dimbam g'hört,“ rief der Baldoberer in diesem Augenblicke, nahm das Licht vom Tische, schlich leise die Treppe hinauf, kehrte nach einer halben Minute zurück und flüsterte Fagin etwas in das Ohr.

„Wie!“ sagte der Jude. „Allein?“

Der Baldoberer nickte, Fagin's Mienen wurden bestürzt, er sann eine kurze Weile und fragte endlich: „Wo ist er?“ Dawkins wies stumm nach oben, und der Jude gab ihm einen Wink und befohl Charley und Tom, das Zimmer ohne Geräusch zu verlassen. Gleich darauf trat der Baldoberer mit Toby Cradit herein, der bleich und höchst angegriffen ausah, und sich offenbar seit mehreren Tagen weder gewaschen, noch den Bart abgenommen hatte. Er begrüßte Fagin, der ihn ängstlich fragend ansah, und erklärte sogleich, von Geschäften nicht eher reden zu können, als bis er gegessen und getrunken hätte. Der Jude befohl Dawkins, aufzutragen, was

froh, die Krise hinter sich zu haben, ist ein willenloses Ausbeutungsobjekt in den Händen der Unternehmer.

Die Verkaufspreise sind demnach herabgedrückt worden, daß jetzt ein Knopf schon zu dem Preise verkauft wird, den er vor 7—8 Jahren an Material und Arbeitslohn dem Fabrikanten selbst kostete.

Wohl nur dem durch die erbärmliche Lebensweise der Arbeiter hervorgerufenen apathischen Zustande ist es zuzuschreiben, daß bisher noch keiner von ihnen die Abjüge eingeklagt hat, damit die Unternehmer in den Stand gesetzt werden, sie vor dem Gewerbegericht zu rechtfertigen.

Soziales und Partei-Leben.

Einen Aufruf an die Arbeiter aller Branchen um Unterstützung erlassen die Leiter der ober-schlesischen Zahlstellen des deutschen Bergarbeiterverbandes.

Genossen! Wir haben augenblicklich einen schweren Standpunkt in Oberschlesien. Der Ausgang des Kravallprozesses ist Euch bekannt.

Heber Hungerlöhne auf den Krupp'schen Gruben in Nassau wird der „Mitteld. Sonntagsztg“ geschrieben: Krupp in Essen hat in unserem Wahlkreis viele Eisensteingruben, so auch in den Orten Philippstein und Altenkirchen.

Zur Solidarität. Die Magdeburger „Volksstimme“ schreibt: Streiks und Boykotts hält der Redakteur des Braunschweiger Volksfreundes, Genosse Richard Calwer, in seiner Broschüre „Das kommunistische Manifest und die heutige Sozialdemokratie“ für etwas Kleinbürgerliches.

Aus Nah und Fern.

Juristendeutsch. Was ist eine Eisenbahn. Die Antwort auf diese Frage giebt kurz und bündig das deutsche Reichsgericht in folgendem Sätzchen: Eine Eisenbahn ist ein Unternehmen, gerichtet auf die wiederholte Fortbewegung von Personen oder Sachen über nicht ganz unbedeutende Raumstrecken auf metallener Grundlage, welche durch ihre Konsistenz, Konstruktion und Glätte den Transport großer Gewichtsmassen, beziehungsweise die Erzielung einer verhältnismäßig bedeutenden Geschwindigkeit der Transportbewegung zu ermöglichen bestimmt ist.

Viel Lärm um Nichts. Die „Sächsische Volksztg.“ schreibt: „Am Krankenhaus eines Ortes in der Rhein- gegend, abseits von der Landstraße gelegen, waren die treuen Schwestern schon zur Ruhe gegangen.

wurde beauftragt, nachzusehen, wer schelle. Zagen öffnete sie das Fenster, rief hinaus, erhielt aber keine Antwort. Eine weiße Gestalt draußen schellte in einem fort.

Eine Erdrevolution. Nachdem in Estleben die meisten Häuser im Senkungsgebiete der Stadt durch Balken gestützt werden müssen, um das Niedergehen von Decken und Thürbögen zu verhindern, hat dies jetzt auch im Innern der St. Anninkirche geschehen müssen.

Von der Sonntagsruhe erzählt das „Nochf. Wochenblatt“ folgende niedliche Geschichte: Ein biederer Handwerksmeister hatte zum letzten Sonntage in seiner Werkstatt mit seinem Gefellen eine dringende Arbeit zu verrichten, was freilich im Hinblick auf die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe eine nicht ganz unbedenkliche Sache war.

vorhanden wäre, es geschah, und Toby machte sich begierig darüber her, ohne die mindeste Neigung zu zeigen, das Gespräch zu beginnen und der Ungeduld und Herzensangst des Juden ein Ende zu machen.

wenn er nicht der Erste am Galgen sein wollte. Wir rissen aus, der Eine hier, der Andere da hin, und saßen den Burschen in 'nem Graben liegen — ob tot oder lebendig, ich kann's nicht sagen.

In Field-Lane lenkte der Jude ein. Er war den Bewohnern sehr wohl bekannt, deren Einer nach dem Andern dem Vorübergewenden vertraulich zunickte.